

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredaktion:
Eric Nitzinghaus, Berlin.
Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4198



Anstalt für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 6
Druckanstalt: Capotoni

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Genehmigung gestattet. Rückgabe beiderseits 4 Wochen vor dem Quartalsanfang, wenn nicht anders vereinbart ist. Abdruckpreis für beide Teile 10 Mark.

Berlin, den 1. Februar 1930

Hundert Jahre freies Hellas,

1830 - 3. Februar - 1930.

Int. Institut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

SPD. Als am 3. Februar 1830 zu London die sogenannten Schutzmächte der Griechen, England, Russland und Frankreich, das Protokoll unterzeichneten, das Griechenland die vollkommene staatliche Unabhängigkeit verbürgte, nahm die ganze zivilisierte Welt an dem Beschluss Anteil.

Zwar hatten die Griechen nicht als erstes der christlichen Rajavölker des Osmanenreiches die Waffen gegen ihre Unterdrücker erhoben, aber der nicht minder heldenhafte Freiheitskampf der Serben von 1804 bis 1813 war an Europa ziemlich spurlos vorbeigegangen, da der Kanonendonner des napoleonischen Zeitalters das Flintengeknatter in der Schumadija übertönte. Als dagegen 1821 die Griechen dem Grossfürsten den Gehorsam aufsagten, herrschte solche politische Windstille, dass Europa sofort um so eher aufhorchte, als der Schauplatz der neuen Ereignisse die Wiege der klassischen Gesittung war. Was tat's, dass sich das Blut der alten Hellenen längst mit dem slawischer, walachischer und albanischer Einwanderer vermischt hatte, was tat's, dass der von Wilhelm Müller besungene "kleine Hydriot" ein nur albanisch redender Arnaut war, all denen, die auf dem Pennal Homer gelesen hatten, erschienen die Klephten, die in den wilden Bergschluchten den Kleinkrieg gegen die osmanischen Bedränger führten, als die würdigen Erben des Leonidas und Alkibiades. Eine Welle der Griechenbegeisterung schäumte über Europa, ähnlich der Burenbegeisterung achtzig Jahre später.

Auch die kämpfenden Griechen hefteten die Blicke hoffnungs- und erwartungs voll auf Europa. Nur zu gut wussten sie, dass sie ihren Freiheitskampf auf eigene Faust nicht zum glücklichen Ende bringen konnten, denn ihr Volk war klein und arm und das Osmanenreich ein Koloss, zwar mit tönernen Füßen, doch ein Koloss. Ihre schlimmsten Ahnungen bestätigten sich, als nach manchem bejubelten Erfolg zu Wasser und zu Lande ihre gelichteten Scharen den wohlausgerüsteten, abendländisch gedrillten Truppen des ägyptischen Vizekönigs Mehemed Ali nicht standzuhalten vermochten. Im Sommer 1827, da sich nur noch in ein paar Forts ein Häuflein Unverzagter, des Schiessbedarfs, des Brotes, des Goldes entbehrend, verteidigte, schien die Sache der griechischen Freiheit verloren, falls nicht Europa half. Aber Europa musste helfen!

Leider deckte sich der Begriff Europa nicht mit dem der öffentlichen Meinung, dem des Philhellenentums, das den Streitern auf dem Peloponnes und den Inseln durch rührige Sammlungen aufgebrachtes Geld und Freiwillige sandte, sondern das Europa, von dem Griechenlands Schicksal abhing, waren die Regierungen, die Machthaber, die kaltschnäuzige Sippe der Diplomaten. Für sie entschieden nur Gründe der hohen Staatsweisheit; dass ein kleines wertvolles Volk von asiatischen Barbaren viehisch abgeschlachtet wurde, wog nicht das Gewicht einer Federflocke; das zynische Wort Metternichs: "Jenseits unserer Ostgrenze zählen drei- bis vierhunderttausend Gehängte, Erwürgte, Gepfahlte nicht viel!" war allen aus dem Herzen, nein, aus der Herzlosigkeit gesprochen. Dem östereich-

schen Staatskanzler gelang es auch anfangs, die anderen Mächte auf die Linie seiner verblüffend einfachen Politik festzulegen. Ihr A und O war, das legitime Europa und so das Haus Habsburg vor dem Umsturz zu bewahren, den er überall witterte. Wehe, dreimal wehe, wenn Untertanen gegen die Obrigkeit aufstanden, jede Obrigkeit war von Gott, auch die des nichtchristlichen Sultans, und die christlichen Griechen galten darum der Wiener Staatskanzlei als freche, unbotmässige Rebellen, die Züchtigung verdienten. Darum Hände weg von Griechenland! Es kostete nicht viel Schweiss, auch dem Russenzaren Alexander I. die Überzeugung beizubringen, dass hinter dem griechischen Aufstand die Hydra der europäischen Revolution lauere, der englische Georg IV. betrachtete gleichfalls eine Insurrektion mit gerunzelten Brauen, und Karl X. in Frankreich spielte ohnehin 1788.

Aber allgemach durchkreuzten andere politische Interessen die Revolutionsfurcht der Mächte und machten zum Entsetzen Metternichs den Grundsatz der Nicht-einmischung zu schanden. Der neue Zar Nikolaus I. hielt, ungeachtet seiner ehrlichen Abneigung gegen die griechischen Rebellen, die Gelegenheit für günstig, die Zersetzung des Osmanenreichs, die Russland eines Tages an den Bosphorus führen musste, zu fördern. Dadurch wurde England auf den Plan gelockt, das ähnlich wie Österreich auf die Unantastbarkeit der Türkei schwor und um die Erhaltung seiner Handelswege im östlichen Mittelmeer besorgt war, und Frankreich kam eine Prestigepolitik mit Ausdehnung seines Einflusses in der Levante gerade zu pass. Nur eines war nach wie vor den Grossen das Gleichgültigste vom Gleichgültigen: das Los der Griechen. Auf ihrem Rücken einigten sich Petersburg, London und Paris verschiedentlich dahin, Griechenland in die üble Zwitterstellung eines tributpflichtigen türkischen Vasallenstaates zu rücken, weil jeder der drei dabei seine Geschäfte machen zu können glaubte, aber am Ende war die Logik der Ereignisse zwingender als der Wille der Diplomaten. Dass die englisch-französisch-russische Flotte, nur zu friedlicher Demonstration ausgeschiedt, sehr zum Ärger der betreffenden Kabinette im Oktober 1827 bei Navarino das türkisch-ägyptische Geschwader in Grund und Boden schoss, hatte seine Folgen: Englands Kriegsschiffe, vor Alexandria Anker werfend, überzeugten den ägyptischen Vizekönig, dass die Rückberufung seines Heeres aus Griechenland das Geratenste sei, Frankreich landete ein Expeditionskorps in Morea, und Russland erklärte der Pforte den Krieg, der im September 1829 mit dem Frieden von Adrianopel endete. Da die geschlagene Türkei keine Einwände mehr wagte, haderten die drei Schutzmächte neuerdings in London über das Schicksal Griechenlands; das Leitmotiv dieses Areopags von Unfähigkeit, Schludrigkeit, Neid, Niedertracht und Selbstsucht war, entweder Hellas nicht vollkommen unabhängig oder möglichst klein werden zu lassen. Wenn denn aus diesem Hin und Her schliesslich das unabhängige Griechenland hervorging, so war das Gericht doch hinreichend versalzen: nicht nur wurde dem neuen Staat ein dynastisches Reis aus europäischem Stamm aufgepropft, damit er nur nicht zur Republik ausarte, sondern seine Grenze wurde auch so unglücklich gezogen, dass die Mehrzahl aller Griechen mit ihrer fruchtbarsten Provinz Thessalien und mit ihrer grössten Insel Kreta unter der Herrschaft des Halbmonds verblieb. Der 3. Februar 1830 brachte nicht mehr als eine halbe Lösung des griechischen Problems.

War damit zugleich der erste Akt des Dramas, das Metternich "die höllische orientalische Frage" nannte, von den Mächten höchst kläglich zu Ende gespielt, so nimmt es nicht Wunder, dass aus den gleichen Ursachen am Beginn des letzten Akts desselben Dramas, anno 1914, der Erdteil lichterloh in Flammen stand.

Hermann Wendel.

SPD. Paris, 1. Februar (Eig. Drahtb.)

Um den in Zusammenhang mit dem Verschwinden des Generals Kutiepoff von weisrussischen Kreisen auf dem Wege über die reaktionäre Presse lancierten sensationellen Gerüchten ein Ende zu machen, veröffentlicht am Sonnabend die Pariser Sowjetbotschaft ein Kommuniqué, in dem sie aufs energischste gegen den Verdacht einer politischen Entführung protestiert und die ganze künstlich aufgebauete Affäre als ein Vorwand bezeichnet, den gewisse interessierte Kreise dazu benützen, um einen neuerlichen Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Frankreich und Russland herbeizuführen.

Die polizeiliche Untersuchung selbst ist bis Sonnabend-Abend um keinen Schritt weiter gekommen. Nur von einigen Pariser Banken sind Anzeigen bei der Kriminalpolizei eingelaufen, in denen die Banken mitteilen, dass sich bei ihnen eine Anzahl ungedeckter Wechsel Kutiepoffs in Umlauf befinden.

Im übrigen wächst die Schar der Denunzianten, die bei solchen Gelegenheiten immer aufzutauchen pflegen, und die die Polizei mit den haarsträubendsten Halluzinationen überschütten. So gibt es Leute aus der Nachbarschaft der Sowjetbotschaft in der Rue de Grenelle, die sich plötzlich entsinnen, seit Monaten markerschütternde nächtliche Schreie aus dem Botschaftsgebäude vernommen zu haben und sogar den Gärtner der Botschaft beim Schaufeln von Gräbern im Morgendämmer belauscht zu haben. Das Tollste leistet sich die reaktionäre Presse, allen voran die "Liberté", die am Sonnabend auf ihrer Titelseite die Schlagzeilen "Kutiepoff auf der Folterbank" und "Die Empörung der Pariser Öffentlichkeit nimmt immer bedrohlichere Formen an" bringt und offenbar bemüht ist, eine Massenpsychose zu entfesseln.

SPD. Kopenhagen, 1. Februar (Eig. Drahtb.)

Zwischen dem Hauptverband der Gewerkschaften und dem Arbeitgeberverband wurden in diesen Tagen die ersten Verhandlungen über die gekündigten Lohnverträge gepflogen. Zur Beratung standen die gekündigten Lohnverträge von etwa 15 000 ungelerten Arbeitern, die in der Oel- und Zuckerindustrie und bei Erdarbeiten beschäftigt sind. Die Verhandlungen verliefen ohne Ergebnis; neue Verhandlungen wurden nicht verabredet.

Die beiden Hauptorganisationen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber werden in den nächsten Tagen die Verhandlungen über die gekündigten Lohnverträge anderer Arbeitergruppen fortsetzen. Im ganzen stehen ungekündigte Lohnverträge von 60 000 Arbeitern, die der Hauptorganisation der Gewerkschaften angehören und von 10 000 Arbeitern, die ausserhalb dieser Organisation organisiert sind, zur Verhandlung. Das sind im ganzen 23 Prozent aller organisierten dänischen Arbeiter.

SPD. Paris, 1. Februar (Eig. Drahtb.)

Der König von Spanien scheint, Madrider Meldungen französischer Blätter zufolge, seine Befreiung von dem allzu mächtigen Diktator durch eine besonders eindrucksvolle Geste feiern zu wollen. Wie der "Paris Midi" mitteilt, hat er sämtliche "Rittern des Ordens vom Goldenen Vlies", dessen Vorsitzender er ist, zu einer feierlichen Sitzung nach Paris eingeladen. Unter den Eingeladenen befinden sich auch der ehemalige französische Ministerpräsident Poincaré und der deutsche Exkronprinz, die nach den unergründlichen Gesetzen des ritterlichen Protokolls bei der Festtafel nebeneinander sitzen müssen - anders geht es nämlich nicht. Der spanische König hat deshalb bei Beiden anfragen lassen, ob ihnen die gegenseitige Tisch-Nachbarschaft genehm wäre. Zur Beruhigung der besorgten Mitwelt haben beide versprochen, dass sie sich gut miteinander vertragen wollen

SPD. Reykkyvik, 1. Februar (Eig. Drahtb.)

Die Bank für Island ist in Zahlungsschwierigkeiten geraten. Sie hat $4\frac{1}{2}$ Millionen Aktienkapital. In den letzten drei Jahren wurde keine Dividende gezahlt. Die Bank schuldet dem dänischen Staat 4 Millionen Kronen.

SPD. Hamburg, 1. Februar (Eig. Drahtb.)

Bei den kommunistischen Provokationen im Hamburger Gänge-Viertel war am Freitag, als die Polizei von der Waffe Gebrauch machen musste, auch ein 16-jähriger durch Kopfschuss verletzt worden. Er ist inzwischen seinen Verletzungen erlegen. Das erste Hamburger Blutopfer der KPD.

+ + +
Der Senat hat die kommunistische "Hamburger Volkszeitung" mit ihren Kopfblättern sowie allen etwa erscheinenden Neben- oder Ersatz-Blättern bis auf weiteres verboten.

SPD. Kiel, 1. Februar (Eig. Drahtb.)

Die Kommunisten verbreiteten am Sonnabend Flugblätter, in denen sie gegen das Vorgehen der Polizei zu Demonstrationen aufrufen und die Arbeiter der Betriebe auffordern, in den politischen Massenstreik einzutreten. Soweit die politischen Obleute der Arbeiter in den Betrieben zu den kommunistischen Forderungen Stellung nahmen, sind sie zu einer einmütigen Ablehnung gekommen. Selbst kommunistische Arbeiter bezeichneten das Vorgehen der kommunistischen Zentrale als ein Verbrechen, das sich einzig gegen die Arbeiterschaft richte.

SPD. New York, 1. Februar (Eig. Drahtb.)

40 000 New Yorker Kleiderarbeiter treten am Dienstag in Streik. Die Abstimmung des Kleiderarbeiterverbands ergab eine überwältigende Stimmenmehrheit von 10 000 gegen 450 für den Streik. Die Arbeiter fordern Lohnaufbesserung, 5-tägige Arbeitswoche, verbesserte Arbeitsbedingungen und ein Schiedsgerichtssystem für Arbeitskonflikte.

SPD. Kiel, 1. Februar (Eig. Drahtb.)

Der auf Anweisung der kommunistischen Parteizentrale für den 1. Februar angesetzte sogenannte "Hungermarsch" nach Hamburg wird für viele der daran Beteiligten voraussichtlich noch schlimme Folgen haben. Gegen 17 in der Nähe Kiels aufgehaltene und festgenommene Kommunisten ist nach der ersten richterlichen Vernehmung Haftbefehl erlassen worden. Sie wurden in Untersuchungshaft genommen. Die Kieler Staatsanwaltschaft hat die weitere Untersuchung zuständigkeits halber dem Oberreichsanwalt übergeben. Die Untersuchung wird wegen versuchten Hochverrats geführt.

Es ist bezeichnend, dass alle verhafteten Kommunisten noch in sehr jungem Alter stehen. Nur zwei von ihnen sind verheiratet.

SPD. München, 1. Februar (Eig. Drahtb.)

Die Anfrage der sozialdemokratischen Landtagsfraktion nach dem Abschluss des Schiedsverfahrens, das über die bekannten Aufwertungsforderungen der Wittelsbacher eine endgültige Entscheidung zu treffen hatte, führte zu Auseinander

setzungen zwischen dem "Bayerischen Kurier" und der Verwaltung des Wittelsbacher Ausgleichsfonds. Daraus erfährt man die ungeheuerliche Tatsache, dass das ehemalige Königshaus eine Aufwertung von nicht weniger als 10 Millionen Mark "angeregt" hat. Wenn es sich nur auf eine sogenannte Anregung beschränkte so hat das seinen Grund darin, dass der Aufwertungsforderung überhaupt jede gesetzliche Grundlage fehlt und das Schiedsgericht eine Entscheidung zugunsten der Wittelsbacher überhaupt nur aus Billigkeitsgründen treffen konnte. Die nach dem "Bayerischen Kurier" bewilligten 100 000 Mark bedeuten einviertel Prozent Aufwertung jener 40 Millionen Mark Abfindung, die das Königshaus in den Inflationsjahren vor Abschluss des Staatsvertrages als Vorschuss bekommen hatte.

Aus der Antwort der Regierung auf die sozialdemokratische Anfrage wird man hoffentlich den Grund ersehen, warum den Wittelsbachern die aussergewöhnliche Aufwertung zugebilligt worden ist.

SPD. Wien, 1. Februar (Eig. Drahtb.)

Die Vertreter des Bundesvorstandes der freien Gewerkschaften und der Kammer für Arbeiter und Angestellte hatten am Sonnabend abermals eine Besprechung mit dem Bundeskanzler über die Denkschrift zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit die sie kürzlich überreicht haben. Der Kanzler machte den Vertretern der Gewerkschaften Mitteilung über neue Pläne, die vor allem eine Beschleunigung der zu vergebenden Arbeiten, vornehmlich der Wohnbauarbeiten, vorsehen. Er zeigte den Gewerkschaften gegenüber Entgegenkommen. Über die Anleihe sprach sich der Bundeskanzler sehr optimistisch aus. Er glaubt, dass in allernächster Zeit die Ratifizierung der Haager Vereinbarungen erfolgt und damit der Weg zur österreichischen Anleihe freigegeben wird. Er hofft, bis zum Beginn des Frühjahrs die Verhandlungen bereits zu einem erfolgreichen Abschluss gebracht zu haben, sodass dann das Programm zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in grösserem Umfange durchgeführt werden kann.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Montag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Preussischer Landtag

Berlin, den 1. Febr. (Eig. Ber.)

SPD. Der Preussische Landtag begann am Sonnabend bei der zweiten Lesung des Wohlfahrtsetats mit der Beratung des dritten Abschnittes "Wohnungs- und Siedlungswesen". Die Aussprache wurde eingeleitet durch Ausführungen des Wohlfahrtsministers Dr. Hirtsiefer,

der mit der Feststellung begann, dass im Wohnungsneubau auch das Jahr 1929 ein gutes Stück vorwärts gekommen sei. Die Zahl der gebauten neuen Wohnungen 1928 betrug 186 000, 1929 dagegen 199 000, ist also um 13 000 Wohnungen gestiegen. 104 000 Wohnungen waren am Jahresschluss im Bau begriffen und werden in das neue Jahr 1930 herübergenommen.

Diese starke Produktion sei nur möglich gewesen, durch eine bis an die äußerste Kraftgrenze der Gemeinden gehende Inanspruchnahme von Krediten aller Art, die wieder ihre Rechtfertigung in dem ungeheuren Druck finden, mit dem Wohnungsnot und -elend auf der Bevölkerung lasten. Noch lasse sich nicht übersehen, wie sich 1930 die Bautätigkeit gestalten wird. Öffentliche Wohnungsbau-mittel aus der Hauszinssteuer werden voraussichtlich weiter zur Verfügung stehen, vorausgesetzt, dass die Geltungsdauer der preussischen Hauszinssteuer-ordnung bis zum 31. März 1931 verlängert wird.

Der Minister geht sodann auf die Entwicklung der Bautätigkeit im verflossenen Jahre ein und stellt fest, dass sich auch der Baukostenindex im Laufe des Jahres von 1,88 auf 1,91 erhöht hat. Ein Mangel an Baustoffen konnte nicht beobachtet werden. Die Bauhandwerkerlöhne wurden im Frühjahr erhöht und sind dann ziemlich gleich geblieben. Ein Bauarbeitermangel konnte nirgends beobachtet werden. Die Zahl der arbeitssuchenden Bauarbeiter war durchweg höher als die Nachfrage.

Während die Versorgung des Wohnungsbaus mit Hypotheken Anfang 1929 befriedigend war, ist diese mit dem rapide abwärtsgehenden Pfandbriefabsatz von Monat zu Monat schlechter geworden. Die Pfandbriefinstitute haben vielfach die Hergabe von Hypotheken einstellen müssen. Wenn hinsichtlich der ersten Hypotheken trotzdem eine Notlage nicht eingetreten ist, so sei das vor allem der verdienstvollen Hilfe der öffentlichen Sparkassen zuzuschreiben, die durch Hergabe ihrer Einlagebestände bis zu 50 % bis an die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit gegangen seien.

Die Lage für das kommende Baujahr sieht um so bedrohlicher aus, als eine Besserung des Pfandbriefmarktes kaum zu erwarten ist und die Sparkassen ihre Kapazität überschritten haben und weil Auslandskredite auch für die nächste Zeit nicht in Frage kommen. Seine Bemühungen für Beseitigung des Steuerabzuges vom Kapitalertrage, der nicht nur den inländischen Kapitalmarkt belebt, sondern auch Zufluss ausländischen Geldes gebracht hätte, seien ergebnislos geblieben. Die mit der Reichsfinanzreform jetzt geplante Beseitigung der Kapitalertragssteuer veranlasse schwere wirtschaftliche Bedenken. Ebenso wäre es an der Zeit, wenn das Reich die Mittel der sozialen Versicherungsträger, die es in letzter Zeit zur Behebung seiner Finanznöte in Anspruch nehme, wieder frei gäbe. Es seien rund 165 Millionen, die dadurch jährlich dem Wohnungsbau zugeführt werden. Leider seien seine Bemühungen ohne Erfolg geblieben. Auch die Erhöhung der Kosten der ersten Hypotheken um 1 bis 1½ Prozent seien eine schwere Belastung des Wohnungsbaus. Erst eine Hebung der allgemeinen Wirtschaftslage mit wohlwollender Behandlung aller kapitalbildenden Faktoren und die Verflüssigung und Bereitschaft ausländischer Kapitalmärkte werde Besserung bringen.

Der Minister weist sodann die Vorwürfe zurück, dass der gemeinnützige Wohnungsbau bevorzugt worden sei. Die private Bauunternehmerschaft hätte am Neu-

bau einen erheblich grösseren Anteil. Durch Zusammenbrüche eingetretene Verluste könnten nur soweit interessieren, als es sich um Staatsmittel handele. Solche Verluste sind unbedeutend; bisher seien noch nicht ein Promille an Hauszinssteuern verloren gegangen. (Hört, hört! links) Auch die Angriffe auf die Wohnungsfürsorgegesellschaften seien grösstenteils unberechtigt gewesen. Diese hätten seit Jahren ausgezeichnete Arbeit geleistet. Der Antrag auf Auflösung sämtlicher Wohnungsfürsorgegesellschaften verkenne völlig Zweck und Ziel dieser Gesellschaften. (Sehr wahr! links)

Auf dem Gebiete der Wohnungszwangswirtschaft seien Aenderungen nicht eingetreten und auch nicht zu erwarten. Hinsichtlich der Mietszinsbildung lasse sich heute noch nicht sagen, wenn eine weitere allgemeine Erhöhung der gesetzlichen Miete für ganz Preussen eintreten kann. Aus Billigkeitsgründen sei es aber erforderlich gewesen, örtlich dem Vermieter einen Ausgleich für die ihn jeweils treffende höhere Belastung zu gewähren. Eine Umlage erhöhter Betriebskosten ist wegen der zu erwartenden Streitigkeiten nicht vorgesehen, vielmehr findet örtlich eine Erhöhung der gesetzlichen Miete um einen der jeweiligen Betriebskostensteigerung entsprechenden Hundertsatz der Friedensmiete statt, der durch die Gemeindebehörde zu bestimmen ist. Auch das Reichsmietengesetz läuft im März ab, aber der Reichsrat hat bereits einer Verlängerung bis 1932 zugestimmt. Auch das Mieterschutzgesetz werde voraussichtlich bis zum 30. Juni 1932 verlängert werden. Noch seien Mieterschutzvorschriften unentbehrlich. Es handle sich hier um die Regelung von sozial wie wirtschaftlich sehr bedeutungsvollen Rechtsverhältnissen. Solange man nichts Besseres hat, werde man sich mit dem Mieterschutz abfinden müssen.

Aus alledem folgere, dass höchstens ein vorsichtiger Abbau einzelner Teile der Zwangswirtschaft, aber nicht eine Beseitigung derselben erfolgen könne. Erst einmal müssen die Mieten der Altwohnungen und die der Neubauwohnungen dem allgemeinen Preisstand und dem Einkommen der breiten Massen angenähert sein. Nur zielbewusster Wohnungsneubau schaffe die Voraussetzung für die Aufhebung derselben. (Beifall links und in der Mitte.)

Abg. Meyer-Solingen (Soz.):

Wir begrüßen den anlässlich des zehnjährigen Bestehens des Wohlfahrtsministeriums herausgegebenen Bericht über die Leistungen auf dem Gebiete des Wohnungswesens. Diese Angaben über das, was der neue Staat geleistet hat, widerlegen die Behauptung, dass das Ministerium versagt habe. Im alten Staat wurde ein Eingreifen von Behörden in die Wohnungswirtschaft rundweg abgelehnt mit dem Hinweis, dass das Aufgabe der Privatwirtschaft sei. Dabei haben wir damals schon, besonders im Industriegebiet, einen Wohnungsmangel gehabt. Rund 800 000 fehlende Wohnungen brachte der Krieg hinzu. Nach dessen Beendigung verhinderten Material- und Geldmangel die Förderung des Wohnungsbaus. Und es ist kaum zu begreifen, dass trotz der Inflation gebaut werden konnte. Das bisher Geschaffene ist ohne Übertreibung eine Grosstat in der Geschichte Preussens und seiner Gemeinden. (Sehr wahr! bei den Soz.). Auch in den beiden letzten Jahren hat die Neuherstellung von Wohnungen den Neubedarf an Wohnungen erheblich überschritten. Dabei haben zweifellos auch die Gemeinden ihre Kräfte erheblich anspannen müssen. Doch wird mit einer wesentlichen Unterstützung von dieser Seite in Zukunft kaum zu rechnen sein.

Es kann heute kaum eine Meinungsverschiedenheit darüber geben, dass wir ohne Bereitstellung öffentlicher Mittel aus der Wohnungsnot nicht herauskommen können. Berücksichtigt man die gewaltige Erhöhung der Baukosten und Löhne, so würde sich ohne Inanspruchnahme öffentlicher Mittel und bei völlig freier Wirtschaft eine Miete ergeben, die das Vierfache der Friedensmiete beträgt, also für die arbeitende Bevölkerung völlig untragbar wäre. In Harburg hat man das Experiment gemacht; dort kam man bei völlig freier Wirtschaft zu einer jährlichen Miete von 600 Mark für Stube und Küche. Die Folge war, dass von 240 Wohnungen

nur 36 vermietet werden konnten. (Hört, hört! bei den Soz.) Wer auf dem Wohnungsmarkt eine Katastrophe verhindern will, muss auf der bisherigen Grundlage weiterarbeiten.

Allerdings ist für die Zukunft der Pessimismus des Ministers berechtigt. Was die Sparkassen getan haben, ist ein Ruhmesblatt in ihrer Geschichte, denn nur dadurch war die Steigerung der Bautätigkeit im letzten Jahre möglich. Mit Minderung der Spareinlagen und durch die geplante Unschuldungsaktion wird aber diese Quelle nicht mehr so reichlich fließen. Der Rückkauf des Pfandbriefkaufes ist zurückzuführen auf die zunehmenden Kapitalanlagen im Auslande. Hier wirkt sich zweifellos die durch Hugenberg geflissentlich genährte Angst vor einer neuen Inflation aus. (Sehr wahr bei den Soz.) Wir hoffen, dass sich der beschämende Vorgang des letzten Jahres nicht wiederholt, dass die von den sozialen Versicherungsträgern zur Verfügung gestellten 165 Millionen, die Preussen für billige Hypothekarkredite verwendete, vom Reiche wieder gewährt werden. (Sehr gut! bei den Soz.)

Alles Geschrei der Gegner der Wohnungszwangswirtschaft kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass sie innerlich ganz froh sind, wenn das Hauszinssteuergesetz verlängert wird. Wie sollten sie sonst anders bauen können! Aber wir müssen auch verlangen, dass der Anteil des Hauszinssteueraufkommens für Wohnungsbau erheblich erhöht wird. Damit wünschen wir nicht etwa eine Erhöhung der Hauszinssteuer, ebenso müssen wir fordern, dass die Rückflüsse aus der Hauszinssteuer nicht für die Zwecke des allgemeinen Finanzbedarfs eingesetzt werden. Diese Mittel brauchen wir für die Sanierung der Verhältnisse auf dem Wohnungsmarkt ebenso dringend wie alle anderen.

Der Redner setzt sich zum Schluss noch mit der Kritik auseinander, die von gegnerischer Seite bisher an den gemeinnützigen Baugesellschaften geknüpft worden ist, und betont dabei, dass man einen Unterschied zwischen privaten und gemeinnützigen Bauvereinen machen müsse. Die Sozialdemokratische Partei werde auch in der Wohnungsfürsorge immer eine Politik treiben, die es den breiten Schichten der Bevölkerung ermöglichen wird, aus dem jetzigen Zustand der Wohnungsnot und des Elends herauszukommen und zu erträglichen Mieten gute Wohnungen zu erhalten. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten).

Abg. Howe (Dtn.) erklärt, dass die Zwangswirtschaft der Wohnungswirtschaft schweren Schaden zugefügt hat. Dieser Staatssozialismus sei für den Wohnungsbau ungeeignet. Die Verordnung über öffentliches Flaggen in staatlichen und kommunalen Dienstgebäuden, die anweist, dass die Mieter nur in den Farben flaggen dürfen, die das Dienstgebäude offiziell zeigt, sei gegen die Reichsverfassung. Der Staat betrüge durch die Ueberspannung der Hauszinssteuer die Hypothekengläubiger zum zweiten Mal.

Abg. Hebborn (Ztr.) bezeichnet das Wohnungsproblem als ein Teil des sozialen Problems. Eine weitere Lockerung der Wohnungszwangswirtschaft hänge von der Lage auf dem Wohnungsmarkt ab. Aber ebenso wie der gemeinnützige Wohnungsbau habe auch der private Wohnungsbau seinen Anteil am Verdienst der Herstellung von kleineren Wohnungen.

Abg. Oberdörster (Komm.) hält die preussische "Gewerkschafts-Bonzen-Regierung" für unfähig, die Wohnungsnot zu beseitigen. Das einzige Ergebnis der Wohnungspolitik sei für die Arbeiter die Belastung durch die Hauszinssteuer.

Abg. Dr. Neumann-Frohnau (DVP.) erkennt an, dass im vergangenen Jahr ein kleiner Fortschritt im Wohnungsneubau zu verzeichnen gewesen sei. Änderungen in der Wohnungszwangswirtschaft seien notwendig, vor allem müssten die Wohnungsämter abgebaut werden; ebenso müssten das höchst umständliche Kündigungsverfahren und die Mietseinigungsämter fallen. Bei der Verteilung der Hauszinssteuerhypotheken herrsche eine politische Vetterwirtschaft zum Schaden der privaten Bauwirtschaft.

Ein Schlussertrag des Abg. Ladendorf wird gegen die Stimmen der Regie-

gierungsparteien abgelehnt.

Abg. Hoff (Dem.) betont, dass ohne Staatsmittel von einer Neubautätigkeit heute nicht mehr die Rede sein könne. Diese staatssozialistische Methode habe doch Erfolg gehabt. Die Hauszinssteuer müsse in eine wirkliche Entschldungssteuer umgewandelt werden.

Abg. Mentz (W.-P.) meint, dass heute nicht mehr der freie Wille des einzelnen, sondern der Unteroffizier vom Wohnungsamt entscheide, wo der Bürger sein Obdach erhält. Der jetzige Mieterschutz verneine völlig die Verantwortlichkeit. Nur durch privatwirtschaftliche Initiative könne der Wohnungsneubau erfolgen.

Abg. Dr. Ponfick (Dt.-Fraktion) spricht sich ebenfalls gegen die Wohnungszwangswirtschaft aus.

Die Beratung der Einzeltitel des Haushalts findet am Montag, den 3. Februar mittags 12 Uhr statt. Ausserdem steht auf der Tagesordnung: Zweite Lesung des Haushalts des Finanzministeriums.

Landtag=Stimmungsbild.

SPD. Berlin, den 1. Februar (Eig. Ber.)

Im reussischen Landtag begann am Sonnabend bei der 2. Lesung des Wohlfahrtsetats die Besprechung des dritten Abschnittes "Wohnungs- und Siedlungswesen" mit einer Rede des Ministers Hirtsiefer, in der er die Entwicklung des Wohnungsbaus im verflossenen Jahre streifte und die Aussichten für denselben im laufenden Jahre kennzeichnete. Danach ist der Neubau von Wohnungen 1929 mit 199 000 gegen 186 000 im Jahre 1928 um 13 000 höher als im Vorjahre. Einen wesentlichen Anteil an dieser günstigen Entwicklung haben die Sparkassen, die durch Hergabe ihrer Einlagen bis zu 50 % bis an die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit gegangen sind. Damit konnten sie den von Monat zu Monat zurückgehenden Absatz von Pfandbriefen ausgleichen.

Die Lage für das kommende Baujahr sieht um so bedrohlicher aus, als eine Besserung auf dem Pfandbriefmarkt nicht zu erwarten ist, weil die Sparkassen ihre Kapazität überschritten haben und weil Auslandskredite für die nächste Zeit nicht in Betracht kommen. Es wäre also zu wünschen, dass das Reich die Mittel der Sozialversicherung, die es in letzter Zeit zur Behebung seiner Finanznöte brauchte, zum Zwecke der Hergabe billiger Hypothekarkredite wieder freigebe. Es handelt sich hier um die Summe von rund 165 Millionen Mark, die jetzt in Preussen für Wohnungsbau verloren geht. Die Angriffe auf die gemeinnützigen Wohnungsfürsorgegesellschaften konnte der Minister als unberechtigt zurückweisen. Der Minister schloss seine Ausführungen mit dem Hinweis, dass wesentliche Aenderungen auf dem Gebiete der Wohnungszwangswirtschaft und des Mieterschutzes nicht zu erwarten seien. Solange die Mieten der Altwohnungen nicht denen der Neubauwohnungen angepasst seien, solange sie vor allem auch nicht dem Einkommen breiter Volksschichten angenähert sind, könne an eine Beseitigung der Wohnungszwangswirtschaft und des Mieterschutzes nicht gedacht werden. Erst ein zielbewusster Wohnungsneubau schaffe die Voraussetzung für den Abbau der Wohnungszwangswirtschaft.

Als erster Debatteredner konnte der sozialdemokratische Abg. Moyer =Solingen die Leistungen des neuen Staates auf dem Gebiete des Wohnungswesens hervorheben. Im Gegensatz zum alten Staat, der ein Eingreifen auf diesem Gebiet grundsätzlich abgelehnt hat, und obwohl schon damals eine Wohnungsnot bestand, hat trotz Krieg und Inflation das erst in der Republik geschaffene Wohlfahrtsministerium im Wohnungsneubau soviel geleistet, dass man hier ohne Uebertreibung von einer Grosstat in der Geschichte Preussens und seinen Gemeinden sprechen

kann. Es wäre ohne die Bereitstellung öffentlicher Mittel unmöglich gewesen, der Wohnungsnot zu Leibe zu gehen, und ohne Staatshilfe ist auch das noch lange nicht beseitigte Wohnungselend in Zukunft nicht zu überwinden. Trotz allem Geschrei sind im Innern die Gegner der Wohnungszwangswirtschaft oft heilfroh, dass mit Hilfe von Hauszinssteuer und Hypotheken gebaut werden kann. Wollte man den Wohnungsbau der freien Wirtschaft überlassen, so müssten nach den ange=stellten Berechnungen die Mieten heute das vierfache der Friedensmiete betra=gen. Deshalb muss es bei der jetzigen Regelung der Wohnungswirtschaft bleiben, obwohl die Aussichten für das kommende Baujahr nicht günstig sind. Der Rück=gang im Verkauf von Pfandbriefen ist leider mit die Folge der Unkenrufe Hu=genberg's, dass wir vor einer neuen Inflation stehen. Ihm ist es zu danken, dass im steigenden Masse heute deutsches Kapital im Ausland angelegt wird. Ebenso wie die Bereitstellung der Mittel aus der Sozialversicherung vom Reiche sei ein grösserer Anteil des Hauszinssteueraufkommens für den Wohnungsbau zu fordern. Ebenso müssen die Rückflüsse aus der Hauszinssteuer nicht für die Zwecke des allgemeinen Finanzbedarfs, sondern für die Sanierung der Verhältnisse auf dem Wohnungsmarkt verwendet werden.

In der Aussprache stellten sich, wie immer, Deutschnationale und auch Wirt=schaftspartei auf dem Standpunkt, dass die Wohnungszwangswirtschaft fallen müs=se. Ihre Verbündeten waren auch diesmal wieder die Kommunisten, die die "gewerk=schaftliche Bonzenregierung" in Preussen dafür verantwortlich machten, dass das Wohnungselend noch immer nicht beseitigt ist.

Die Beratung der Einzeltitel des Wohlfahrtshaushalts findet am Montag statt. Ausserdem steht auf der Tagesordnung: zweite Lesung des Haushalts des Finanzministeriums.

Unschuldig im Zuchthaus.

Von Adolf Lehing.

7. Fortsetzung.

Nachdruck verboten:

SPD. Der Beweis ist erbracht, dass der vernehmende Beante Herbig unsere Festnahme hatte rechtfertigen wollen, und dass aus dem, was Böhm aussagte, eine Auslese gehalten wurde und nur das zu Protokoll genommen, was als Belastungsmaterial gegen uns verwandt werden konnte. Dieses Protokoll wurde zum Schluss Böhm vorgelesen, worauf er es unterschrieb.

Auf die unter so eigenartigen Umständen entstandene Aussage Böhms baute sich nun das weitere Belastungsmaterial auf. Meine Festnahme aus dem Bette heraus wegen des Delmenhorster Raubmordes hatte naturgemäss im ganzen Hause eine grosse Erregung ausgelöst. Durch die Mitnahme Böhms zur Wache bekam die ganze Sache etwas Mystisches. Als Böhm zurückkam und das erzählte, was er vorhin auf dem Polizeibüro unterschrieben hatte, und nun die anderen dort im Hause wohnenden Personen hörten, dass wir unter falschen Namen dort gewohnt hatten, waren fast ideale Vorbedingungen für das Zustandekommen von Falschaussagen vorhanden. Zum Nachdenken sind die Zeugen garnicht erst gekommen.

Es sind im wesentlichen die falschen Erinnerungsbilder des Zeugen Böhm auf die anderen Alibizeugen übergegangen. Ich bin nicht in der Lage, den moralische Wert der Zeugen herabsetzen zu können.

Die Seuche der falschen Alibizeugen.

Dass die weiblichen Zeugen sich bei ihrer ersten Vernehmung am Morgen nach unserer Festnahme wegen Raubmordes in grosser Erregung befunden haben, kann wohl keinem Zweifel unterliegen. Wie sich diese Vernehmungen nun im Einzelnen abgespielt haben, weiss ich nicht. Soviel scheint aber sicher: die Fähigkeit, richtig auszusagen, war bei den Zeugen zur Zeit ihrer ersten Vernehmung durch den Kriminalwachtmeister Herbig sehr gering. Sie müssen sich in einem Zustand hochgradiger Erregung befunden haben, in der es ihnen nicht möglich war, zu ruhigem Nachdenken, klarer Überlegung, zur Selbstkritik zu kommen. Es ist wohl nicht schwer, sich eine Vorstellung zu machen von der Stimmung, die in der Thiemannschen Wirtschaft nach unserer Festnahme geherrscht haben muss. Alle unsere Worte und Handlungen, alle Erlebnisse wurden in die Beleuchtung des Verbrechens gerückt und wurden so zu Indizien. Die Reize der Auslösung des Bewusstseinsinhaltes der Zeugen waren derart, dass die zeitlichen Unterschiede zum Teil ganz verwischt, zum Teil verändert wurden. Ein Teil des Erlebten trat dabei bei den Zeugen völlig in den Hintergrund und schlummert wohl noch heute im Unterbewusstsein fort. Mit dem Zurückkommen der Zeugen von der Wache nach ihrer Vernehmung griff die psychische Epidemie weiter um sich.

Der schwerwiegendste Umstand ist entschieden, dass die Zeugen alle im Hause Abbenthorstrasse 16 wohnten und in der Folge dauernd zusammen waren. Der erste aufregende Tag war ein Sonntag, die Zeugen gingen nicht zu ihrer Beschäftigung, das Haus war eine Wirtschaft, ein besonders günstiger Ort für die Entwicklung einer Zeugenpsychose.

Der Inhalt der für den Alibibeweis wesentlichen Zeugenaussagen lässt sich überhaupt nicht in Einklang bringen mit den zweifellos feststehenden Geschehnissen des 29. November, dem Tage nach der Tat. Wenn man sich hineinversetzt in die verschiedensten Situationen, die die Zeugen zeichnen, so muss man klar erkennen, dass es das Geschehen zweier Nachmittage gewesen sein muss, das dann aber von den Zeugen auf einen Nachmittag und zwar auf den Nachmittag des Tages nach der Tat, verlegt worden ist. Endlich sind nicht alle Zeugen dieses Prozesses in der Voruntersuchung vernommen worden. Einige wurden in der Haupt-

verhandlung zum ersten Male befragt. Und da stellte sich die Tatsache heraus, dass nicht in der Voruntersuchung vernommene Zeugen unsere Angaben bestätigten. Hieraus ist zu erkennen, dass in der Voruntersuchung Wirkungen vorhanden gewesen sein müssen, durch die Entlastungsbeweise zu Belastungsbeweisen wurden.

Lassen Sie nicht Unschuldige verkümmern!

Ich schrieb ferner: 'Das Wesen der ganzen Sache liegt darin, dass der geführte Indizienbeweis als solcher wohl zu einer Verurteilung ausreichend gewesen wäre, wenn er der Vernunft genügt hätte. Er war jedoch auf uns und als Tatbeweis angewandt, völlig unsinnig und unverständlich. Ihm lagen ausnahmslos falsche Zeugenaussagen zu Grunde. Das hat das Gericht nicht erkannt.

Sie, Herr Staatsanwalt, geben zu, dass Zeugen sich irren können. Sie müssen und werden auch andererseits zugeben, dass das, was Engelbert Schmidt und ich behaupten, wahr sein kann. Auf der einen Seite die Möglichkeit des Irrtums seitens der Zeugen, auf der anderen Seite die Möglichkeit der Wahrheit meiner Behauptungen und der Engelberts Schmidts. Wenn Sie so denken, dann sehen Sie kein Entlastungs- oder Belastungsmaterial mehr, sondern nur Prozessmaterial welches auf Echtheit geprüft werden muss, um dann daraus die Wahrheit herzuleiten. Um zur Erkenntnis dieser tatsächlich bestehenden Wahrheit zu kommen, bedarf es keines neuen Materials. Sie geht aus dem bis jetzt vorhandenen Prozessmaterial hervor, ist darin enthalten und wartet nur darauf, erkannt zu werden.

Um diese Erkenntnis zu fördern und zu erleichtern, darum habe ich dieses niedergeschrieben. Nun liegt es bei Ihnen, helfend einzugreifen. Lassen Sie die Sache nicht so weit kommen wie im Falle "Maurer" aus Saarbrücken! Auf dem Sterbebette hat da die wirkliche Täterin ein Geständnis abgelegt. Für Maurer kam es zu spät. Er sowohl wie seine Eltern waren an der Sache zugrunde gegangen. Lassen Sie nicht Unschuldige verkümmern oder zugrundegehen und werten Sie ein Menschenschicksal und Menschenleben höher als die Rechtskraft, die in unserem Falle die Kraft des Unrechts ist. Lassen Sie den Hilferuf eines unschuldig Verurteilten nicht ungehört verhallen!

Handeln Sie so, wie es Ihnen Vernunft, Gefühl und Gewissen in harmonischer Einheit vorschreibt und die Sachlage es fordert!
Vechta, den 21. Februar 1920.

gez. Lehing.

In der Regel ist es die Anklagebehörde, die es ausschliesslich als ihre Aufgabe betrachtet, den Angeschuldigten zu überführen und die nur Wert auf die Herbeischaffung von Belastungsmaterial legt. Auch ist es der Staatsanwalt, der gewöhnlich Stellungnahme gegen eine allzu frühe Entlassung Verurteilter nimmt. Im Gegensatz aber zu dem Untersuchungsrichter ist die Tätigkeit der Anklagebehörde anerkennenswert hervorzuheben. Stets war der Generalstaatsanwalt, der Vertreter der Anklage, gegen Engelbert Schmidt und mich, geneigt, auf Anträge einzugehen. Auch ist er dafür eingetreten, dass wir bereits nach sieben Jahren und vier Monaten aus dem Zuchthaus entlassen wurden. Bei jeder Besprechung, die wir zusammen hatten, ist er mir in menschenfreundlicher Weise entgegengekommen. Diese Stellungnahme der Staatsanwaltschaft uns gegenüber ist vom Hauptverfahren bis zuletzt dieselbe geblieben. Stets war sie geneigt, soweit es in ihrer Macht stand, auf unsere Wünsche und Bitten einzugehen.

Und wenn auch diese Zeilen von durchaus gerechtfertigter Erbitterung erfüllt sind, so ist es uns doch eine angenehme Pflicht den Wenigen unseren Dank auszusprechen, die sich uns gegenüber als anständige Menschen benahmen.

Fortsetzung folgt.

Aus aller Welt

Heil uns - ein neuer König!

SPD. Unter den Zigeunern Polens ist ein heftiger Streit um den Thron ihres wählbaren Königs ausgebrochen. Seit einigen Jahren wurde das polnische Zigeunertum, Kesselschmiede und Hofsänger mit einberechnet, von König Basil I. regiert, der aber in der letzten Zeit die Unzufriedenheit einer Zigeunertruppe aus der Umgebung von Warschau erweckt hatte. Man beschloss, Basil zu stürzen und einen neuen König zu wählen. Die Zigeuner versammelten sich eines Tages in Piaszkow bei Warschau, verbrannten eine Strohfigur, die den König Basil I. darstellen sollte und proklamierten hierauf ihren neuen König Michael II. aus derselben Dynastie der Kwiek.

Der Festakt fand in Warschau statt. Tausende von Neugierigen waren herbeigeeilt. Selbst der polnische Staatspräsident und Marschall Pilsudski liesen sich bei der Feier vertreten und dem neuen König Grösse überbringen und Glück wünschen. Die Zigeunerstämme hatten ihre Delegierten in malerischen Kostümen entsandt. Der König hielt eine Ansprache an sie und an die Vertreter der Regierung und betonte, dass er und seine Zigeuneruntertanen gute polnische Staatsbürger seien und ihre Pflichten der polnischen Heimat gegenüber immer erfüllen würden. Während der Ansprache sass König Michael II. auf einem Thronsessel, und auf dem Haupte trug er eine goldene Krone, die er nicht einmal während des sich anschliessenden grossen Festessens abnahm. Die neue Königin heisst Sedra Lubicka.

Dem neuen König wird sein neues Glück nicht restlos gegönnt. Noch gab der entthronte Rivale die Hoffnung auf Wiedergewinnung von Macht und Würde nicht auf, sondern zog sich mit einer Schar von Getreuen in einen der Vororte Warschaus zurück, wo er sein Hauptquartier aufschlug und nach allen Windrichtungen Kuriere an die einzelnen Zigeunerlager sandte, um sie zum Kampfe gegen die Rebellen aufzufordern. Der neue König liess sich aber inzwischen auch schon seine Würde von den polnischen Polizeibehörden bestätigen und verfasste ein werbendes "Manifest an alle Zigeuner, Kesselschmiede und Hofsänger Polens". Es wird noch eine ganze Weile dauern, bis der Zwiespalt zwischen den Zigeunern Polens bereinigt ist und die endgültige Königswahl feststeht, da die Verständigung unter den einzelnen Gruppen naturgemäss und unkulturgemäss nur langsam vonstatten geht.

+ + +
Freigelassen. Bei dem am Sonnabend vormittag vom Amtsgericht Berlin-Mitte vorgenommenen Haftprüfungstermin wurden die nach dem Zusammenbruch der Bank für deutsche Beamte verhafteten Direktoren Alois Weber und Pieler, sowie der gleichfalls festgenommene Kaufmann Treumann aus der Haft entlassen. Der Kaufmann von Buchwald will für sich den Schutz des § 51 in Anspruch nehmen und zog deshalb seinen ursprünglichen Haftentlassungsantrag zurück.

+ + +
Lustmord. In Fraustadt in Schlesien wurde von einem 32 Jahre alten Paul Barbior, der von der Polizei gesucht wird - als besondere Kennzeichen wird sein schielender Blick angegeben - die 15 Jahre alte Elisabeth Stöhr ermordet.

+ + +

Metallkappe statt Schädeldeckel. Der berühmte Chirurg Dr. Winkelbauer führte in der Wiener Gesellschaft der Aerzte einen jungen Wiener Handwerker ohne Schädeldecke vor. Der junge Mann war vor einiger Zeit an einer Kopfschwellst erkrankt, und da die Gefahr des Uebergreifens auf das Hirn bestand, entschlossen sich die Aerzte zu der ausserordentlich gefährlichen Operation der Entfernung eines grossen Teiles der Schädeldecke. Zum Schutze des Gehirnes trägt der Kranke eine Kappe aus Metall, was ihm bis jetzt noch nicht schlecht bekommen ist.

+ + +
Was verdienen die Amerikaner? Das gesamte Einkommen der Bevölkerung der Vereinigten Staaten im Jahre 1930 wird nach einem soeben erschienenen Bericht der Chatham Phenix National Bank and Trust Company für das letzte Jahr auf 95 Milliarden Dollar geschätzt gegen 89 Milliarden im Jahre 1928 und 26 Milliarden im Jahre 1909.

+ + +
Schwerer Autozusammenstoss bei Leipzig. Im Nebel stiess am Sonnabend morgen der Kraftomnibus der Linie Leipzig-Themnitz mit einem entgegenkommenden Personnauto zusammen. Der Personenwagen war mit fünf Personen besetzt, von denen eine 48jährige Frau Schramm aus Ronneberg sofort getötet wurde, während die übrigen vier Insassen schwere Verletzungen erlitten. Von den Autobusfahrern trugen vier leichtere Schnittwunden davon.

+ + +
Stosch-Sarrasani über die Raubtierpsyche. Der berühmte Zirkusdirektor Stosch-Sarrasani hielt anlässlich seines Berliner Gastspieles am Sonnabend in der Berliner Universität eine Vorlesung über "die Psyche des Raubtieres". Zahlreiche Professoren wie ein grosses Gremium der Studentenschaft lauschten dem Fachmann mit grösstem Interesse. Sarrasani erklärte: "Das Tier ist weder gut noch böse, und die Grossraubtiere sind keine "Verbrecher". Selbst Mensch und Haifisch könnten sich miteinander befreunden, wenn es eine praktische Möglichkeit dafür gäbe. Im Grunde ist auch kein Tier unzähmbar, nicht einmal der schwarze Panther oder das Zebra oder der afrikanische Elefant. Freilich werden Löwen, Tiger, Elefanten und andere Tiere dann recht unberechenbar und böseartig, wenn sich ihr Sexualeben wandelt, also etwa im "gefährlichen Alter". Aber das ist beim Menschen schliesslich genau so - eine Beststellung, die die Zuhörerschaft mit akademischen Beifallsgetrampel bestätigte.

+ + +
Ausgehobene Geldfabrik. In Wilhelmshöhe bei Kassel hob die Kriminalpolizei eine Falschmünzerwerkstatt aus, in der der frühere Installateur Wilhelm Sonntag aus Hildesheim zahlreiche falsche Zweimarkstücke geprägt hatte. Der Falschmünzer konnte verhaftet, seine Maschinerie beschlagnahmt werden.

+ + +
Sie lässt sich inspirieren. Keine geringe Aufregung gab es dieser Tag auf dem Boulevard Montmartre in Paris, als das Publikum hoch oben im fünften Stock eines Hauses im Fensterkreuz eine Frau stehen sah, die heftig mit Armen und Beinen gestikuliert, sich bald vorwärts und bald zurück beugte. Den Zuschauern blieb der Atem stocken, denn jede Sekunde konnte die Frau herunter- und auf das Pflaster fallen. Immer mehr Menschen sammelten sich, der Verkehr stockte. Die Feuerwehr wurde alarmiert, sie kam an, schraubte ihre Leiter höher und höher; ein Feuerwehrmann kletterte gleichzeitig nach, während zwei andere die Haustreppe hinaufstiegen, um in das Zimmer einzudringen, wo die Unglückliche wohnte. Die turnte immer noch zum Entsetzen der Menschen auf der Fensterbank herum. Als die beiden Feuerwehrleute oben ankamen und an die verschlossene Tür schlugen, verliess die Frau ihren kühnen Stand, öffnete und fragte die atemlosen Helfer nach ihrem Begehrt. "Sie haben mich gestört", fuhr sie entrüstet fort, "ich übe mich für den Film und die Zuschauer dort unten inspirieren mich!" Schade, dass die Filmdiva nicht zu ihren Inspiratoren hinunter auf die Strasse gegangen ist, um sich zu bedanken. Die Ovation, die ihr die ge-

ängstigten Menschen bereitet hätten, wären ihr sicher gleichfalls inspirierend bekommen.

+ + +

Umsteigen in tausend Meter Höhe. Zum ersten Male hat das Marineluftschiff "Los Angeles" in Lakehurst den Versuch der Landung von Luftschiffpassagieren in Segelflugzeugen durchführen können. Ein 204 Pfund schweres Gleitflugzeug wurde, mit einem 125 Pfund schweren Piloten belastet, von Bord abgelassen. Graziös schwebte das Flugzeug erdwärts, die Landung erfolgte nach 12 Minuten. Vor einiger Zeit ist sogar eine Motorflugmaschine von der "Los Angeles" abgeflogen. Jedenfalls ist nun der Beweis der Landungsmöglichkeit von Luftschiffpassagieren ohne Ladungszwang des ganzen Luftschiffes einwandfrei erbracht.

+ + +

Zerstörer auf Grund gelaufen. Im Hafen von Gibraltar hat sich während eines heftigen Sturmes der englische Zerstörer "Versatile" von seiner Verankerung losgerissen und ist auf Grund gelaufen.

+ + +

Radio für Reisende. Die ersten Züge mit Rundfunkempfangseinrichtungen laufen jetzt auf der Strecke Warschau-Krakau. Jeder Zug hat einen zentralen Betriebsraum mit Empfänger und Mikrophon. Von der Zentrale aus laufen Leitungen zu allen Sitzplätzen im Zuge. Die Benutzung der Anlage ist frei. Wer eine geringe Gebühr bezahlt, erhält sogar einen desinfizierten Kopfhörer.

+ + +

Schiff in Not! Der niederländische Dampfer "Merope" von der Niederländischen Dampfschiff-Gesellschaft in Amsterdam, der sich augenblicklich in einem heftigen Sturm an der portugiesischen Küste befindet, hat am Sonnabend SOS-Signale ausgesandt. Die Steuereinrichtung des Schiffes ist gebrochen und ein Teil der Kommandobrücke, sowie der Maschinentelegraph weggeschlagen.

+ + +

Der Deich bricht! Bei Langkat auf Sumatra brach infolge vom Gebirge kommenden Hochwassers der Flussdeich auf etwa 700 Meter Länge. Die von der Uberschwemmung völlig überraschte Bevölkerung flüchtete unter Zurücklassung ihrer gesamten Habe. Verschiedene Dörfer wurden überflutet. Der an der Ernte angerichtete Schaden beläuft sich auf rund 15 000 Gulden.

+ + +

Selbstmord mit historischem Hintergrund. In Wandsbeck ist der ehemalige Dragonerunteroffizier und jetzige Angestellte beim Hamburger Wohlfahrtsamt Franz Marten in den Freitod gegangen, indem er sich auf einer neu angelegten Landstrasse zwischen Wandsbeck und dem Orte Jenfeld an die Drähte einer Ueberlandleitung hängte. Da man in seiner Tasche ausser einem Abschiedsbrief, auch noch einen Briefumschlag mit allerlei alten Zeitungsausschnitten betreffs seiner Verurteilung zum Tode im Jahre 1901 fand, nimmt man mit Recht an, dass dieser Freitod noch in einem gewissen Zusammenhang mit jener Affäre steht, die den Namen Marten einmal in Deutschland berühmt gemacht hat. Marten spielte bei der im Jahre 1901 erfolgten, aber bis jetzt noch nicht aufgeklärten Erschiessung des Dragonerrittmeisters von Krosigk und in den darauffolgenden Sensationsprozessen vor dem Militärgericht eine Rolle als mutmasslicher Mörder des Offiziers, der während des Dienstes durch das Fenster erschossen wurde. Es bestand der Verdacht, dass Marten der Mörder sei. Er wurde in der I. Instanz freigesprochen, in der zweiten zum Tode verurteilt. Das Reichsmilitärgericht hob das Todesurteil wieder auf. Nun beteuert heute in seinem Abschiedsbrief Marten abermals, dass er nicht der Mörder des Rittmeisters sei. Er bezeichnete die fünf Monate, die zwischen Todesurteil und Aufhebung durch das Reichsmilitärgericht lagen, als die schwersten seines Lebens.

+ + +

Ist das wahres Christentum?

Der Mantel der Nächstenliebe als corpus delicti.

Vom Einzelrichter in Berlin-Moabit wurde ein Mann zu einem Jahr Gefängnis verurteilt, weil er - was getan zu haben er selbst bestritt - einen Mantel gestohlen haben soll.

Selbst wenn man die Rückfälligkeit des Angeklagten in Betracht zieht, so erscheint einem die Strafe sehr schwer. Das Gericht scheint sich wesentlich in der Frage des Strafmasses davon mit haben leiten lassen, dass ja auch der Mantel, der da gestohlen wurde, sehr schwer gewesen sein soll: ein Winterulster.

Dem Gericht war die Qualität des Mantels sehr wichtig - uns, den unbeteiligten Zuschauern, ist es die Persönlichkeit des Besitzers. Es war dies der Anstaltspfarrer des Strafgefängnisses Berlin-Tegel, ein Herr Rasmussen.

Als der Angeklagte ihn am verhängnisvollen Tag sprechen wollte, so sagen die Torwächter-Zeugen aus, erschien er ohne Mantel - er hätte aber einen angehabt, als er die Anstalt verliess. Ganz richtig fragt das der Angeklagte, warum er von den beiden Inspektoren am Eingang beim Verlassen der Anstalt nicht angehalten worden wäre? Die Herren in Amt, Würden, Dienstmütze und Dienstmühe antworten: "Der Angeklagte wäre nicht weiter aufgefallen, weil eben doch in jener Zeit auch oft Mäntel von der Strafanstaltsdirektion an ehemalige Strafgefangene verschenkt würden."

Also das ist so zu verstehen: bei der Gerichtsverhandlung fällt den Beamten auf, was ihnen in der kritischen Zeit nicht auffiel. Erst jetzt geht ihnen ein Licht auf - und nun ist es natürlich ein schlechtes Licht, in dem der Angeklagte steht.

Der Mann hatte also den Pfarrer Rasmussen aufsuchen wollen, der Herr Pfarrer war aber nicht da, später auch nicht mehr sein Mantel, der vorher im Zimmer hing. Nun soll ihn unbedingt der Angeklagte gestohlen haben, obschon in jener wesentlichen halben Stunde auch noch zahlreiche andere Leute über den Korridor an der offenen Pfarrerzimmertür vorbei gingen. "Ja, aber doch nicht Leute von der Statur des Angeklagten", sagten die Zeugen. Aber dann hat man den Mantel doch nicht im Besitz des Verdächtigten gefunden.

Nun, es ist möglich, dass der Angeklagte, der der Tat ohne Zweifel verdächtig ist, den Mantel gestohlen hat, bewiesen ist es nicht. Um die Tat ganz aufzuklären, hätte der Richter zum Beispiel fragen müssen, ob denn der Angeklagte einen wirklich wesentlichen Grund gehabt hätte, den Pfarrer aufzusuchen. Man wüsste auch mehr, wenn man wüsste, ob der Zweck des Besuches sehr nach Vorwand klingt. Aber der Richter hielt sich weder lange mit Fragen, noch später mit einer Urteilsbegründung auf, sondern schickte den Angeklagten ohne Federlesen auf ein Jahr gemäss dem Antrag des Staatsanwalts ins Gefängnis und liess ihn auch gleich im Gerichtssaal verhaften.

Ob hier ein Fehlurteil gefällt ist, kann man bei einer derart oberflächlichen Verhandlungsweise überhaupt nicht beurteilen. Man muss aber sein Erstaunen nicht nur über diese Justiz, vielmehr auch über dieses merkwürdige Christentum äussern, das sich da offenbart. In der Bibel heisst es zwar: dass der, der zwei Röcke hat, den einen dem geben soll, der keinen hat - aber das gilt offenbar nur für Grosskonfektionäre, aber nicht für jene Grosshändler des christlichen Geistes, die Gottes Wort zwar stets zum leeren Wort, doch nie zur helfenden Tat werden lassen. Wäre die Welt denn gleich stehen geblieben, wenn der Herr Pfarrer, wozu er die Möglichkeit hatte, das arme Hascherl, das er für den Dieb hielt, hätte laufen lassen?

Ego.

Gewerkschaftliche Rundschau ✘

10 Jahre Betriebsrätegesetz.

SPD. Am 4. Februar sind 10 Jahre seit dem Inkrafttreten des Betriebsrätegesetzes verflossen. Schon bei seinem Entstehen war dieses für das wirtschaftliche Mitbestimmungsrecht der Arbeiter so wichtige Gesetz von der "Parteien Gunst und Hass" sehr stark umstritten. Die damals noch existierende Fraktion der Unabhängigen Sozialdemokratie konnte sich zum Beispiel nicht zu seiner Annahme entschliessen. Dass die Arbeitgebervertreter der bürgerlichen Parteien im Betriebsrätegesetz bereits den Anfang der bolschewistischen Diktatur erblickten, versteht sich beinahe von selbst und der Widerstand der Unternehmer gegen das Gesetz blieb auch nicht ohne Erfolg: der "Herr im Hause-Standpunkt" blieb in den Betrieben fast gänzlich erhalten.

Aus dem von den Arbeitern während der November-Revolution so dringend geforderten Mitbestimmungsrecht in der Wirtschaft ist eigentlich in der Hauptsache nur noch ein Recht der Mitwirkung übrig geblieben; denn entscheidend für alle Fragen des Betriebs und der Unternehmung blieb der Arbeitgeber. Die "Erfüllung des Betriebszweckes" wird in der bis heute geübten Spruchpraxis der Arbeitsgerichte in Betriebsräte-Streitfragen als oberster Gesichtspunkt angesehen. Da aber der Zweck des kapitalistischen Betriebs die Erzielung möglichst hoher Profite ist und diese nur auf Kosten der Arbeiterschaft erzielt werden können, muss die "Wahrnehmung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen der Arbeitnehmer dem Arbeitgeber gegenüber" (§ 1) bei einer solchen juristischen Auslegung häufig recht enge Grenzen finden.

Kein Wunder, wenn unter diesen Umständen das Betriebsrätegesetz selbst in Arbeiterkreisen auf starke Skepsis stösst und noch nach 10 Jahren seines Bestehens etwa 50 % der Arbeiterschaft von dem Recht der Wahl eines Betriebsrates oder eines Betriebsobmannes keinen Gebrauch macht. Trotz dieser wenig erfreulichen Tatsache hat das Betriebsrätegesetz für die Arbeiterschaft manchen Fortschritt gebracht. Es hat vor allem recht wertvolle Kräfte unter den Arbeitern in einem nie geahnten Ausmass für das proletarische Interesse aktiv gemacht, wobei natürlich nicht zu vergessen ist, dass diese Aktivisierung der proletarischen Intelligenz in Bezug auf Ausbildung an die Arbeiterbewegung grosse Anforderungen stellt. In dem Jahre 1927 wurden von den freien Gewerkschaften bereits insgesamt 17,5 Millionen Mark für Bildungszwecke ausgegeben. Der Erfolg war, dass die Betriebsräte lernten, die ihnen gewährten Rechte zu Gunsten der Arbeiterschaft auch nach Möglichkeit auszunutzen. Psychologisch führte das zu einem gesteigerten Rechtsbewusstsein in weiten Kreisen des Proletariats. Die im letzten Jahr von den deutschen Arbeitsgerichten erledigten 300 000 Streitfälle sind hierfür ein sprechender Beweis.

Wie in der politischen Demokratie sich die Arbeiterschaft nicht mehr von der Staatsleitung verdrängen lässt, so wird sie sich auch in der Wirtschaft Schritt für Schritt Geltung verschaffen. Der Arbeiter steht heute nicht mehr abseits von der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Gestaltung der Dinge, und die Betriebsräte sind bei dem Eindringen in die Führung des wirtschaftlichen Betriebes wichtige Pioniere. Die Arbeitgeber machen ihnen den Vorwurf, dass sie ihre Tätigkeit im allgemeinen auf die Wahrnehmung der Interessen der Arbeitnehmer beschränken und eine Unterstützung des Arbeitgebers in der Erfüllung des Betriebszweckes vermissen lassen. Dieser Vorwurf verrät zweierlei: einmal, dass die Betriebsräte in der Tat mannhaft und vielfach auch er-

folgreich für das Arbeitnehmerinteresse eingetreten sind und zweitens, dass das deutsche Unternehmertum noch weit davon entfernt ist, die Mitarbeit der Arbeiterschaft im Betrieb für die Steigerung der Produktivität so nutzbar zu machen, wie das zum Beispiel in Amerika der Fall ist. In Amerika sind heute nach dem Urteil anerkannter Sachkenner nicht nur eine grössere Produktion pro Arbeiter, ein höherer Lohn pro Arbeiter und mehr Pferdestärken pro Arbeiter, sondern auch ein "Mehr an Betriebsleitung" pro Arbeiter zu verzeichnen. Die Zusammenarbeit zwischen Arbeitnehmern und Betriebsleitung wird drüben überaus hoch eingeschätzt. Das deutsche Unternehmertum hat es bis jetzt noch nicht verstanden, im Weg einer stärkeren Einflussnahme des Arbeiters auf die Betriebsleitung die Steigerung der Produktivität zu beschleunigen.

Nicht die "Werksgemeinschaftsidee", d.h. der eine proletarische Solidarität zerstörende Betriebsegoismus noch der von den Kommunisten geforderte Betriebsanarchismus haben sich durchsetzen können. Diese beiden Klippen wurden durch die sachliche Arbeit der freigewerkschaftlichen Betriebsräte bisher vermieden. Die überwiegende Mehrheit der deutschen Arbeiterschaft wird auch in Zukunft den freigewerkschaftlichen Betriebsräten allein ihr Vertrauen schenken. Dieses Vertrauen wird sie in diesem Frühjahr auch durch die Tat bekunden, indem sie die zehnjährige gegensreiche Tätigkeit der Betriebsräte mit einem glänzenden Sieg der freigewerkschaftlichen Listen bei den Betriebsrätewahlen krönt.

SPD. Die KPD mutet sich dieses Jahr enorme Anstrengungen zu, um bei den Betriebsrätewahlen einen Erfolg zu erzielen. Auch ihre für den 1. Februar geplanten Aktionen sollten der Wahlpropaganda dienen. Mit Hilfe künstlich herbeigeführter Krawalle will sie Stoff zur Entrüstung gegen "Polizeiterror" und "Sozialfaschismus" schaffen und damit Material zur Propaganda für die KPD bei den Betriebsrätewahlen. Der Arbeit für die Betriebsrätewahlen sollen alle Kräfte zur Verfügung gestellt werden. Das geht aus dem Rundschreiben des Zentralkomitees der KPD (Nr.1) vom 25. Januar deutlich hervor. Das Rundschreiben verlangt, dass sofort die ganze Partei schärfer und grosszügiger sich auf die Wahlen zu den Betriebsräten einstelle. Zu den konkreten Massnahmen zur Vorbereitung der Wahlen sei bisher in ganz ungenügender Masse Stellung genommen worden, obwohl sie von einer entscheidenderen Bedeutung seien als die Parlamentswahlen und die nächste grosse Kraftprobe zwischen Kommunismus und Sozialdemokratie darstellten. Es würden nicht genügend Artikel zur Lage in den einzelnen Betrieben, nicht genügend polemische Auseinandersetzungen mit den Sozialfaschisten, Christen usw. veröffentlicht. Aufs eindringlichste müsse auf diese schweren Mängel aufmerksam gemacht werden. Auf Grund gemeinschaftlicher Besprechungen mit den Reaktionen sei eine entscheidende Wendung in der Richtung einer grosszügigen politischen Führung des Betriebsrätewahlkampfes herbeizuführen. Die Betriebsrätewahlen müssten allgemein propagandistisch und agitatorisch ebenso grosszügig organisiert werden wie die letzten Kommunalwahlen. Die Parteihäuser müssten mit Transparenten für die kommunistischen Losungen zur Betriebsrätewahl ausgestattet, die Autos der Parteizeitungen entsprechend aufgemacht und die Auflagen der Betriebszeitungen sowie die sonstigen Propagandamaterialien wesentlich vermehrt werden.

Die Grundlage für die Aufstellung der revolutionären Betriebsrätelisten sieht das Rundschreiben in dem Programm des ersten Reichskongresses der revolutionären Opposition. Nur in den Fällen, wo die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter in den Betrieben bei sehr stark gewerkschaftlich organisierter Belegschaft dieses Kampfprogramm annehmen, sei es möglich, eine gewerkschaftliche Liste der Opposition aufzustellen. Eine Verhältniswahl komme jedoch auch in diesen Fällen nicht in Frage. Die Hinaufnahme von sozialdemokratischen Arbeitern auf die Liste sei abhängig von der Zustimmung oder Ablehnung des Programms des ersten Reichskongresses. -

Dieser Eifer ist geradezu rührend. Für die Kommunisten existieren bei den Betriebsrätewahlen keine anderen Gegner als die freien Gewerkschaften. Ihnen allein gilt die Kraftanstrengung der KPD. Jeder Arbeiter, der noch fünf gesunde Sinne hat, wird nun allmählich hoffentlich einsehen, dass es neben dem Scharfmachertum im Unternehmerlager keinen schlimmeren Feind der Arbeiterbewegung gibt als die kommunistischen Maulwürfe.

SPD. In den Vereinigten Staaten hat die grosse Kampagne der Gewerkschaften zur Organisierung der Arbeiterschaft des Südens begonnen. Die Konferenz des Gewerkschaftsbundes, die dieser Tage in Charlotte (Nordkarolina) stattfand, hat den Organisationsplänen der Exekutive zugestimmt. 50 Organisatoren des Bundes sind bereits nach den Industriezentren der Südstaaten entsandt worden; ihnen werden in den nächsten Wochen weitere 50 Organisatoren und Propagandisten folgen. Die Organisationsarbeit zielt in erster Linie darauf ab, die Tausende von Textilarbeitern gewerkschaftlich zu erfassen und damit einem System ein Ende zu machen, das geradezu an mittelalterliche Arbeitsverhältnisse und Fronddienste erinnert.

Wie die Unternehmer sich der Gewerkschaftsaktion gegenüber verhalten werden, ist im Augenblick schwer zu erraten. Die Führer des Textilarbeiterverbandes glauben vorläufig an keinen offenen Widerstand des Unternehmertums. Sie werden jedoch, wie sie ausdrücklich betonen, auch einem offenen Kampf nicht ausweichen. Die Unternehmer haben nur die Wahl zwischen dem Gewerkschaftsbund und den kommunistischen Organisationen.

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt der Südstaaten lässt trotz der niedrigen Löhne und des tiefen Lebensstandards der Arbeiter viel zu wünschen übrig. In Alabama kann sich zur Zeit ein Arbeiter der Industriezentren glücklich schätzen, wenn er wenigstens Teilarbeit findet, die ihn vor dem Schuldenmachen schützt. Die Löhne stehen so niedrig wie noch nie. Ungelernte Arbeiter, meistens Neger, werden mit 20 Cents pro Stunde bezahlt, während Tischler 35 Cents, Bauarbeiter 50 Cents und Maschinisten 45 Cents erhalten. In den Büros betragen die durchschnittlichen Wochenlöhne der jüngeren Arbeitskräfte 8 bis 10 Dollar. Dabei sind die Lebenskosten z.B. in Birmingham, dem Hauptindustriepunkt Alabamas, recht hoch. Sie gestatten kaum dem vollbeschäftigten Arbeiter, die allernotwendigsten Lebensbedürfnisse zu decken.

Die Organisationskampagne wird vor allem in Birmingham ein Distrikt finden, der ihr durch das Hand-in-Hand-Arbeiten der Stahl-, Gruben- und Textilbarone mit den Behörden viel Kopfzerbrechen machen wird. Der Präsident des Bundes ist optimistisch. Worauf sich dieser Optimismus stützt, ist jedoch nicht recht verständlich. Wenn der Amerikanische Gewerkschaftsbund in Nord- und Südkarolina, d.h. in den Staaten erbitterter Arbeiterkämpfe und offener Gewaltmassnahmen der Unternehmer gegen die Arbeiterschaft, Erfolge erzielen will, dann darf er nicht vor Kampfmitteln zurückschrecken, die der Brutalität des Gegners angepasst sind. Nur so wird er einen ersten grossen Schritt zur Bekämpfung rücksichtsloser Ausnutzung der menschlichen Arbeitskraft tun können.

SPD. Am 9. Februar tritt in Berlin die Reichskonferenz des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter zusammen. Husemann, der erste Vorsitzende, wird die den Verband berührenden wirtschaftlichen Fragen behandeln, Eggert vom ADGB wird über das Thema "Gewerkschaften und Zollfrage" und Martmöller vom Vorstand über die Taktik bei Lohn- und Tarifbewegungen sprechen. Das Ergebnis der Genfer Kohlenkonferenz beleuchtet der zweite Vorsitzende des Verbandes, August Schmidt



Das deutsch-polnische Liquidationsabkommen.

(Die Voraussetzung für den Handelsfrieden mit Polen.)

SPD. Der Reichstag wird sich in nächster Zeit mit dem deutsch-polnischen Liquidationsabkommen zu beschäftigen haben. Gegen dieses Abkommen wird im Lande eine starke Agitation betrieben, die es mit der Wahrheit wenig genau nimmt.

Si sind die z.B. von der deutschnationalen Presse veröffentlichten Angaben über die finanziellen Opfer, die Deutschland nach dem Abkommen zu bringen hat, durchaus falsch. Man spricht immer wieder in diesem Zusammenhang von 2½ Milliarden Mark und mehr und kommt wahrscheinlich zu solchen Schätzungen, weil man Dinge vermischt, die miteinander gar nicht zu tun haben. Es handelt sich dabei um das Vermögen des Reiches und Preussens in den an Polen nach Kriegsende abgetretenen Gebieten, das man auf 2 Milliarden Mark schätzen kann. Über dieses öffentliche Eigentum ist leider schon längst zu Ungunsten Deutschlands entschieden worden. Der Versailler Vertrag bestimmt, dass sämtliches von Deutschland an die Alliierten übergegangenes Eigentum bei den Alliierten bleiben und Deutschland auf Reparationskonto gutgeschrieben werden soll. Sowohl der Dawesplan als auch das Youngabkommen bestimmen aber, dass mit den deutschen Reparationszahlungen sämtliche gegenseitigen Ansprüche abgegolten sind. Es widerspricht also dem Sinn und Wortlaut des Youngabkommens, die staatlichen Forderungen an Polen aufrechtzuerhalten, und nur deutschnationale Demagogie kann so tun, als beständen diese Ansprüche noch und wären von der deutschen Regierung preisgegeben worden.

Gegenstand der Verhandlungen mit Polen konnten daher nur die privaten deutschen Ansprüche aus den von Polen vorgenommenen Liquidationen sein. Diese Ansprüche auf Entschädigungen für zu niedrig bemessene Liquidationserlöse werden auf mehr als 500 Millionen Mark geschätzt. Ihnen stehen polnische Forderungen an Deutschland gegenüber, die von polnischer Seite mit etwa 800 Millionen Mark angegeben werden. Das Abkommen sieht nun vor, dass auf alle diese Ansprüche von beiden Seiten verzichtet wird. Die finanzielle Tragweite dieses Verzichts lässt sich sehr schwer abschätzen. Es kann nicht daran gezweifelt werden, dass die deutschen Ansprüche im allgemeinen viel besser begründet sind als die polnischen. Würde der Rechtsstreit durchgeföhrt werden, so dürfte wahrscheinlich ein grosser Saldo zugunsten der Deutschen verbleiben. Freilich hat es mit diesem Rechtsstreit einen kleinen Haken. Vor mehr als fünf Jahren wurde ein gemischtes Schiedsgericht in Paris gebildet, das über alle privaten Entschädigungsansprüche zwischen Deutschland und Polen entscheiden soll. Bis zum heutigen Tage ist kein einziger von den tausenden von Fällen, die vor dem Schiedsgericht anstehen, erledigt worden. Wann also die deutschen Entschädigungsansprüche anerkannt werden würden, ist noch eine grosse Frage und wann die deutschen Geschädigten zu ihrem Gelde kommen würden, eine noch grössere Frage.

Immerhin, Deutschland bringt mit der gegenseitigen Aufrechnung für die beiderseitigen Ansprüche finanzielle Opfer. Dem stehen aber wichtige Sicherungen gegenüber, die das Abkommen den Deutschen in Polen verschafft. Zunächst wird die Empfehlung der Youngsachverständigen, dass mit den Liquidationen endgültig Schluss gemacht werden soll, in eine bindende Verpflichtung Polens verwandelt.

Dabei hat Deutschland der polnischen Regierung noch das Zugeständnis abgerungen, dass sie nicht bloss in der Zukunft auf jede Liquidation deutschen Besitzes verzichtet, sondern auch solchen Besitz freigibt, der sich am 1. September 1929 noch in deutscher Hand befand, aber rechtlich schon der Liquidation unterlag. Das bedeutet, dass endlich, nach einem Jahrzehnt schwerster Misshandlungen deutschen Besitzes in Polen, die Rechtssicherheit für die Deutschen Polens wiederhergestellt wird.

Auch eine Gefahr, die einem Teil des deutsch-polnischen Besitzes droht, wird durch das Abkommen abgewendet. Als Preussen vor dem Kriege im polnisch sprechenden Osten die grosse Ansiedlungsaktion durchführte, wurde bestimmt, dass der Ansiedlungskommission beim Übergang von Siedlungsland in fremde Hände ein Rückkaufsrecht des Siedlungslandes zustehen sollte. Man wollte damit natürlich verhindern, dass das Siedlungsland in polnische Hände übergehe. Nach der Aretung dieser Gebiete an Polen drohte nun die Gefahr, dass sich dieses Rückkaufsrecht gegen die deutschen Siedler selbst wenden würde; denn Polen beanspruchte als Rechtsnachfolgerin der preussischen Regierung dieses Recht für sich. Das wurde zwar von deutscher Seite bestritten, weil Preussen das Rückkaufsrecht nach Kriegsende an die Danziger Bauernbank abgegeben hatte. Aber dieser Rechtsstreit ist noch nicht ausgetragen und sein Ausgang sehr unsicher. Nun aber hat Polen im Liquidationsabkommen auf das Rückkaufsrecht ein für allemal verzichtet (allerdings nur, wenn bestimmte Bedingungen beim Vermögensübergang erfüllt sind). Damit ist für 12 000 deutsche Bauernfamilien in Polen der Landbesitz im Erbfall gesichert.

Es wird auf deutscher Seite niemanden geben, der vom deutsch-polnischen Liquidationsabkommen restlos begeistert wäre. Es ist bitter, dass nach all dem Unrecht, das Deutschland und den Deutschen in Polen angetan wurde, noch einmal von deutscher Seite auf Rechtsansprüche gegenüber Polen verzichtet werden muss. Es ist bedauerlich, dass es nicht gelungen ist, Polen zu einem bedingungslosen Verzicht auf das Rückkaufsrecht zu bewegen, wenngleich die polnische Regierung eine loyale Durchführung dieser Vertragsklausel zugesagt hat. Aber diese Opfer sind durchaus tragbar, wenn man berücksichtigt, dass mit ihnen endlich die vollständige Bereinigung des schweren Liquidationsstreites zwischen Deutschland und Polen erkauft ist, dass endlich das Damoklesschwert der Liquidationen und des Widerkaufsrechts, das noch immer drohend über den Häuptern der Deutschen in Polen hing, verschwunden ist.

Aber die Tragweite des Abkommens geht noch weiter. Die Bereinigung des Liquidationsstreites und die endgültige Sicherung des deutschen Besitzes in Polen ist eine entscheidende Voraussetzung dafür, dass endlich nach den Jahren des Handelskrieges mit Polen, der beide Länder schwer geschädigt hat, der deutsch-polnische Handelsvertrag zustande kommt. Und erst mit diesen beiden Verträgen, dem Liquidationsabkommen und dem Handelsvertrag, wird der wirtschaftliche Kriegszustand, der elf Jahre nach Kriegsende noch immer zwischen Deutschland und Polen herrscht, endlich aufgehoben. Von der Wiederherstellung des Wirtschaftsfriedens zwischen diesen beiden vielfach aufeinander angewiesenen Ländern wird die Volkswirtschaft beider Länder den grössten Nutzen ziehen.

SPD. Eine Amerikaanleihe, die nach 1000 Jahren, also im Jahre 2930 fällig ist (eine sogenannte ewige Anleihe), hat jetzt der Siemenskonzern abgeschlossen. Die Anleihe wird von dem New Yorker Bankhaus Dillon Read & Co. und der Deutschen Bank-Berlin gegeben. Sie gliedert sich in einen deutschen und in einen amerikanischen Teil. Der Zeichnungspreis des amerikanischen Teils (14 Millionen Dollar) beträgt 233 %. Die Stücke, "Participating Debentures" genannt, sind mit einer Verzinsung in Höhe der Siemensdividende ausgestattet, erhalten aber mindestens eine garantierte Verzinsung von 6 % auf den Nominalbetrag. Die Zeichner haben nach Ablauf von 75 Jahren bis zur endgültigen Fälligkeit der An-

leihe im Jahre 1930 das Recht, zum Nennwert zu kündigen. Eine Kündigung durch den Siemenskonzern ist vor 1942 nicht zulässig. Der deutsche Teil der Anleihe, nominell 10 Millionen Mark, wird den Aktionären im Verhältnis von 10 : 1 und zu einem Kurs von 175 angeboten.

Wie der Siemenskonzern mitteilt, wird das Bankhaus Dillon Read & Co. eine Teil der Siemensanleihe der General Electric Co. in New York übergeben. Die General Electric steht in engster Beziehung zur Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft Berlin (AEG). Die General Electric ist auch derjenige amerikanische Konzern, der sich mit Hilfe der AEG eben daran gemacht hat, in die alte Siemensdomäne des deutschen Postgeschäftes einzudringen, was zu harten Auseinandersetzungen zwischen Siemens und AEG geführt hat. Der Siemenskonzern teilt nun mit, dass die Übernahme von Siemensanleihen durch General Electric eine Vertiefung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen General Electric und Siemens bedeutet. Wie sich diese Wandlung, von der das Verhältnis Siemens-AEG schliesslich auch betroffen werden dürfte, auf die strittigen Fragen auswirken wird, muss man abwarten. Jedenfalls kann man in der Siemensschen Transaktion einen weiteren Schritt auf dem Wege sehen, der früher oder später zur Vertrüstung der Elektroindustrie in der ganzen Welt führen wird.

SPD. In der jetzt veröffentlichten Bilanz des Ruhrtrusts für 1928/29 wird der Versuch unternommen, die Öffentlichkeit über die gute Montankonjunktur hinwegzutäuschen. Das ist ein ziemlich aussichtsloser Versuch, da die Produktionszahlen in der Eisenindustrie und im Bergbau den kräftigen Aufschwung unterstreichen.

Die Gesamtförderung bei den Zechen des Ruhrtrustes stieg um 3% auf 27,2 Millionen Tonnen gegenüber einer Steigerung von nur 2,4% im übrigen Ruhrgebiet. Dementsprechend ist der Anteil des Ruhrtrusts an der Gesamtförderung des Ruhrgebietes auf 22,83% gestiegen; sie umfasst damit beinahe ein Viertel der gesamten Kohlenförderung an der Ruhr. Während die Löhne und Gehälter im Ruhrbergbau im Laufe des letzten Jahres nur um 2% erhöht wurden, worüber von den Unternehmern noch ein grosses Lamento erhoben wurde, stieg der Schichtförderanteil von 1235 auf 1327 kg im Jahresdurchschnitt. Gegenüber dem Vorjahr ist also eine weitere Mehrleistung von 92 kg = 7,5% je Mann und Schicht erzielt worden. Man muss schon die Stirn der schwerindustriellen Unternehmer besitzen, um bei dergleichen schlagenden Beweisen die Behauptung aufzustellen, dass Arbeiter und Angestellte allein von der Rationalisierung profitierten.

Die Leistungsfähigkeit der Zechen- und Hüttenkokereien war nach dem Bericht aufs höchste angespannt. Die Koksproduktion stieg um rund 212 500 auf 9,62 Millionen to. Die Produktion der Hüttenwerke ist gegenüber dem Vorjahr in Folge der vierwöchentlichen Aussperrung an der Ruhr zurückgegangen. Durch die gute Konjunktur ist jedoch ein Teil der verlorenen Arbeitswochen in den Eisen- und Stahlbetrieben wieder aufgeholt worden. An Roheisen wurde erzeugt 6,0 gegen 6,5, an Rohstahl 6,4 gegen 6,9 und an Walzeisen 4,7 gegen 5,1 Millionen to. Der Auftragsbestand (30. September 1928 = 100), erreichte Ende März vorigen Jahres fast 138% und lag zum Schluss des Geschäftsjahres, Ende September 1929, mit 107,2 % noch erheblich über dem Stande des Vorjahres.

Der Gesamtumsatz der Stammunternehmen hat trotz der langen Aussperrung mit 1,43 Milliarden gegen 1,44 Milliarden fast den Stand von 1927/28 behalten. Hiezu kommt als anteiliger Betrag vom Umsatz der vielen Beteiligungen des Ruhrtrusts ein weiterer Umsatz von 1150 Millionen Mark. Im Laufe der vier Betriebsjahre, die der Ruhrmontantrust jetzt hinter sich hat, sind zu Rationalisierungszwecken rund 300 Millionen investiert worden. Da die Abschreibungen in diesen vier Jahren insgesamt 282 Millionen erreicht haben, sind also diese enormen Anlageausbauten fast restlos aus dem Betriebe heraus finanziert worden.

SPD. Nach dem Konjunkturbericht des preussischen Handelsministeriums für Januar 1930, der auf Grund von Handelskammerberichten zusammengestellt wird, hat sich der Geldmarkt erleichtert; Besserungen auf dem Warenmarkt seien aber nicht zu verzeichnen. Einzelhandel und Handwerk litten unter mangelnder Kaufkraft der Bevölkerung. Das Baugewerbe habe trotz milder Witterung infolge der Kapitalknappheit keine Beschäftigung gefunden. Der Kursdurchschnitt der an der Berliner Börse gehandelten Papiere steigerte sich von rund 107 in der letzten Dezemberwoche auf 115 in der Woche vom 20. bis 25. Januar. Hierin drückt sich die Hoffnung aus, dass die angekündigten durchgreifenden Massnahmen zur Besserung der Finanzlage in Reich, Ländern und Kommunen auch eine Besserung unserer allgemeinen Kreditlage ermöglichen werden.

SPD. Der "Reichsanzeiger" veröffentlichte im Monat Januar 1930 = 1106 Konkurse gegenüber 881 im Dezember 1929.

SPD. Am Sonnabend mittag fand die Eröffnung der landwirtschaftlichen Ausstellung am Berliner Kaiserdamm durch eine kleine würdige Feier statt. Der Reichsernährungsminister Dietrich ging in seiner Begrüßungsansprache auf das Agrarproblem ein und betonte, dass es ein unhaltbarer Zustand sei, wenn Deutschland jährlich für 500 bis 600 Millionen Mark Weizen einführe, während es auf der anderen Seite seinen Roggen auf den Weltmärkten verschleudern müsse. Die Lösung des Roggenproblems sei äusserst wichtig und ausschlaggebend für die Überwindung der Agrarkrise. Reich und Länder hätten die Wichtigkeit einer rentablen Landwirtschaft für die deutsche Wirtschaft anerkannt, haben ihr bisher geholfen und werden weiter helfen. Die Landwirtschaft dürfe aber nicht vergessen, dass der Weg zu endgültigen Erfolgen über Selbsthilfe führt. Der Reichsernährungsminister unterstrich, dass die Verschuldung der Landwirtschaft im Jahre 1929 gestoppt werden konnte. Drückend sei aber die Höhe der auf der Landwirtschaft lastenden Zinsen.

SPD. Die Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels scheint in letzter Zeit von der sonst in der Diplomatie üblichen Gepflogenheit der Geheimhaltung ihrer Verhandlungen vor der Presse recht reichlich Gebrauch zu machen. Schon auf der Generalversammlung in Hamburg war bei dem wichtigsten Punkt der Tagesordnung, bei der Warenhausfrage die Öffentlichkeit ausgeschlossen. Die am Freitag in Berlin stattgefundene Hauptversammlung, die sich ebenfalls mit Warenhausfragen befasste, fand wieder unter Ausschuss der Öffentlichkeit statt. Hat die Hauptgemeinschaft vor der Öffentlichkeit etwas zu verbergen? Muss sie wünschen, dass die Öffentlichkeit über die Fragen des Einzelhandels nicht unterrichtet wird?

SPD. Die Vereinigten Stralsunder Spielkartenfabriken übernehmen ab 1. Februar 1930 die schlesische Spielkartenfabrik Friedrich & Co. in Breslau. Der Breslauer Betrieb wird stillgelegt. Die Belieferung erfolgt von dem zum Stralsunder Konzern gehörigen Werk in Altenburg (Thüringen).

SPD. Die Lingnerwerke werden, wie im Vorjahr, eine Dividende von 7 % ausschütten.

Es fehlt Angebot von Inlandsweizen.

(Berliner Getreidebörse vom 1. Februar.)

SPD. An der Berliner Produktenbörse vom Sonnabend war die Tendenz, speziell für Weizen, fester. Die höheren Auslandsmeldungen blieben nicht ohne Einfluss auf die Stimmung. Dazu kam, dass das inländische Weizenangebot fast völlig vom Markte verschwunden ist, da die gestern erzielbaren Preise den Landwirten keinen Anreiz zu Verkäufen mehr bieten. Heute waren die Mühlen bereit, etwa 3 Mark mehr zu bezahlen, jedoch fanden sich auch hierzu keine Abgeber. Beeinflusst durch diese Vorgänge konnten auch die Roggenpreise für effektive Ware um 2 - 3 Mark anziehen, ohne dass Stützungskäufe beobachtet wurden. Auch am Markte der Zeitgeschäfte wurden für alle Sichten bei beiden Brotgetreidearten Preisgewinne von durchschnittlich 2 Mark erzielt. Mehl hatte, wie stets am Sonnabend, sehr kleines Geschäft und wurde von den Vorgängen am Getreidemarkt noch nicht mitgezogen. Die Offerten der Mühlen lauteten unverändert. Auch Hafer hatte bestenfalls stetige Tendenz.

	<u>31. Januar</u>	<u>1. Februar</u>
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	239 - 241	240 - 243
Roggen	158 - 162	160 - 164
Braugerste	165 - 175	160 - 170
Futter- und Industriegerste	142 - 152	140 - 150
Hafer	126 - 136	127 - 137
loco Mais Berlin	164	-
Weizenmehl	28,50-34,75	28,50-35,00
Roggenmehl	21,50-24,50	21,50-24,75
Weizenkleie	8,75- 9,50	8,50- 9,25
Roggenkleie	8,25- 8,75	8,25- 8,75
<u>Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen März 254-253$\frac{1}{2}$ (Vortag 251$\frac{1}{2}$),</u>		
<u>Mai 266-265 (264), Juli 273$\frac{1}{2}$ (270). Roggen März 179-179$\frac{1}{2}$ (177$\frac{1}{2}$), Mai 186$\frac{1}{2}$</u>		
<u>(184$\frac{1}{2}$), Juli 187 (184$\frac{1}{2}$). Hafer März 143 $\frac{3}{4}$ Geld (142), Mai 151 (149$\frac{1}{2}$), Juli</u>		
<u>155 (152$\frac{1}{2}$).</u>		

Buttermarkt.

SPD. Offizielle Feststellung der Berliner Butternotierungskommission vom 1. Februar: I. 155 Mark, II. 140 Mark, III. 124 Mark je Zentner. Tendenz stetig.

SPD. Die Gründung eines Kunstseidenweltkartells wird sich allem Anschein nach in nächster Zeit vollziehen. Generaldirektor Blüthgen von den Elberfelder Glanzstoffabriken hat jetzt nähere Angaben über die schwebenden Verhandlungen gemacht. Danach steht eine Vereinbarung zwischen der nordamerikanischen und der europäischen Kunstseidenindustrie vor dem Abschluss, wonach die europäische Kunstseidenindustrie ihre Einfuhren nach Nordamerika auf den Stand von 1929 beschränken soll. Die europäischen Produzenten selbst haben sich über die Quoten noch nicht geeinigt. Die vorliegenden Abmachungen sehen vor, dass die Italiener und Franzosen ihre Einfuhr nach Deutschland stoppen. Dafür verlangen diese aber Ersatz auf anderen Märkten und zwar fordern sie eine möglichst grosse Beteiligung an den Importen nach Nordamerika.

Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S.P.D.

Berlin, den 1. Februar 1930.

Es brennt punkt zwölf.x

SPD. Der Landjäger meldete seiner vorgesetzten Behörde, dass bereits zum sechsten Male innerhalb zweier Jahre die Scheune des Bauern Jochen Jakobs in dem Flecken Niedersbach abgebrannt sei, und zwar auch diesmal wie alle vorigen Male genau mittags um zwölf Uhr, zu einer Zeit, zu der alles draussen auf den Feldern gewesen sei. Die Brandversicherung stellte Strafantrag gegen den Bauern Jakobs wegen widerholter Brandstiftung, weigerte sich, die Versicherungssumme zu bezahlen, und hetzte den Staatsanwalt auf Jochen. Der schwor, dass er unschuldig sei, und es war auch nirgends belastendes Material gegen ihn zu finden.

Man stellte einen Detektiv als Knecht bei Jochen Jakobs ein und wartete auf dessen Beobachtung. Es war Herbst, und die Ernte war reich. Die Unglücks-scheuer von Jochen Jakobs wurden wieder bis obenhin gefüllt. Der Detektiv schützte ein Fussleiden vor und blieb von diesem Tage an auf dem Hofe, während alles schon früh auf die Felder zog. Der vermeintliche Knecht untersuchte Haus und Scheuer. Nichts war zu finden. Kein Mensch war in der Nähe. Und punkt zwölf Uhr schlugen wieder die Flammen aus der Scheuer. Der Detektiv rannte in die Scheuer, kletterte auf den Boden. Keine Zündschnur, nichts war zu finden, kein Mensch, keines Menschen Spur.

Der Detektiv bekam einen Rüffel, und die Versicherungs-Gesellschaft weigerte sich wiederum, zu zahlen. Jochen Jakobs musste einen weiteren Prozess ertragen, und die Behörden wussten keinen Rat.

Im nächsten Jahre meldete sich ein anderer, junger Detektiv, um freiwillig die Sache zu ergründen. Er weigerte sich jedoch sich als Knecht bei Jakobs zu verdingen, sondern zog als Wanderbursche los.

Eine Woche trieb sich der Detektiv in dem Orte herum, machte sich bei den Bauern durch verschiedene Handreichungen und Hilfeleistungen beliebt und kam so auch in Jochen Jakobs Haus. Er stellte sich dem Bauern als ehemaliger Kriegskamerad vor, hauste einige Tage bei ihm und zog gerade an dem Tage, an dem abermals die Unglücksscheuer gefüllt wurde, wieder ab. Aber nach einem halben Tagesmarsche rastete er im Walde, bis der Abend kam, ging dann in das kleine Nest zurück und kletterte in der Nacht in Jochen Jakobs' Scheuer hinein. Im Rucksack schleppte er Proviant für drei Tage mit sich: Brot, Wurst und einen grossen Kanister Wasser. In der hintersten Ecke der Scheuer grub er sich ein Lager und wartete. Es war heiss hier so nahe unter dem Dache, trotzdem zu keiner Stunde des Tages ein Sonnenstrahl hier hereinfallen konnte. Auf dem Boden liess nun ein kleines, glasloses Fenster Licht herein. Von dem Fenster konnte man auf den Nachbarhof sehen, in dem Heinrich Jakobs, Jochens Bruder, hauste. Zwei Nächte und einen Tag hatte der Detektiv schon hier oben gehaust und wurde fast wahnsinnig vor Langeweile. Am Schlaf war nicht zu denken. Er zählte die Stunden, die Minuten. Um vier Uhr früh wurde es auf dem Hofe schon lebendig. Gross und Klein zog wieder zur Ernte hinaus.

Als es ringsum still wurde, kletterte der Detektiv über die Kornhaufen, etwas näher zum Fenster, zog ein Spiel Karten heraus und legte sich zum Zeitvertreib wieder Patienzen. Als es Mittag schlug, öffnete er seinen Rucksack und begann zu vespern. Der Wasservorrat begann schon bedenklich zur Neige zu gehen.

"Wenn heute nichts passiert, stecke ich den Kram auf", murmelte der Detektiv vor sich hin. Er hatte nirgends den Urheber dieser ewigen Feuersbrünste gefunden, aber er glaubte ihren Grund zu wissen. Jochen Jakobs hatte ihm eines Abends, als sie beim Schnaps saßen und angebliche Kriegserinnerungen austauschten, auch viel von seiner Frau erzählt, einer resoluten Bäuerin, die ihrem Haushalt mit Energie vorstand und auf Geld versessen war. Heinrich Jakobs hatte sie geliebt, aber sie hatte ihn ausgeschlagen und den reicheren Bruder gewählt. Heinrich verwand diesen Schmerz sein Leben lang nicht, hasste den Bruder und seinen Hof und grüßte niemanden von den nachbarlichen Verwandten.

Der Detektiv räumte die Reste seines kärglichen Mahles zusammen, da wurde es plötzlich lichter in der Scheuer. Der Detektiv wandte sich blitzschnell um. Nichts rührte und regte sich. Er nahm seinen Rucksack und legte sich auf die Lauer. Irgendwoher mussten Sonnenstrahlen in den Raum dringen. Jetzt sah man auch schon einen matten Lichtschein in der Nähe des Fensters. Aber die Sonne stand fast im Zenith, und dieser Strahl kam fast von der Seite. Und wurde stärker und stärker, kleiner und kleiner. Der Detektiv liess ihn auf seine Hände spielen, bis er sie plötzlich schnell zurückzog; er hatte sich an dem Strahl verbrannt. "Das ist der Brandstifter," murmelte er und sprang zum Fenster. Kein Lüftchen rührte sich, kein Laut war zu vernehmen, kein Mensch war in der Nähe.

Aber als der Detektiv aus dem Fenster sah, fiel sein Blick auf den Schornstein des Nebenhauses. Dem Schornstein fehlten ein paar Ziegelsteine; er hatte es am Tage schon gesehen, aber es war ihm nichts dabei eingefallen. Jetzt sah er in dieser Lücke, sonst von allen Seiten verdeckt, ein Brennglas, das den Strahl herüberwarf, gerade durch das kleine Fenster in die Scheuer.....

Heinrich Jakobs, Jochens Bruder, gestand vor Gericht, dass er die Tat aus Rache verübt habe. Er sitzt heute im Zuchthaus und grinst immer noch hasserfüllt und hämisch, wenn man ihm vorrechnet, dass er seinen eigenen Bruder zum armen Manne gemacht hat.

Mario Mohr.

Karneval.^x

SPD. Der Direktor diktiert. Es ist 21 Uhr 10. Das kleine Mädchen schreibt so schnell es kann. "Beeilen Sie sich etwas!" sagt der Direktor und diktiert weiter. Von Waren, Lieferungen, Spesen und Preisen wirbelt es dem Mädchen im Kopfe. Das geht schon seit Stunden ohne Pause so fort. "Können Sie nicht schneller schreiben? Ich habe heute Abend noch etwas vor", sagt der Direktor und geht auf und ab. "Uebrigens, Sie haben eine hübsche Figur. Sie tanzen wohl gern?" Der Direktor wartet die Antwort nicht ab und diktiert weiter. Nach zwei Minuten fragt er: "Sind Sie heute Abend frei?" - "Nein, Herr Direktor." "Schade, Sie hätten mit mir auf den Maskenball gehen können." Das Mädchen lächelt ein wenig: "Ich gehe auf den Maskenball." - "Wieso?" Der Direktor bleibt vor ihr stehen. "Ich gehe jeden Abend auf einen Maskenball, Herr Direktor." "Jeden Abend! Na, ich danke. Dann wundert es mich natürlich nicht, wenn Sie immer so müde sind und kaum im Stenogramm nachkommen. Sie scheinen mir doch viel zu viel zu verdienen, mein Fräulein." Das Mädchen steht auf: "Es ist 21 Uhr 15; ich bin fertig. Kann ich jetzt gehen?" - "Bitte. Amüsieren Sie sich gut. Ich hätte von Ihnen niemals geglaubt, dass Sie jede Nacht bummeln." Das Mädchen ist ernst: "Ich bummle nicht, Herr Direktor. Ich amüsiere mich auch nicht auf dem Maskenball. Ich verkaufe Blumen. Guten Abend!"

+ + +
An einer Ecke steht ein Mann mit einem Plakat: "Grosses Karnevalsfest! Prämierung der schönsten Kostüme!" Gegenüber, an der anderen Ecke, steht ein an-

derer Mann mit einem Plakat: "Völlig erblindet." Masken kommen vorbei und fragen den Mann mit dem Karnevalsplakat: "Wo ist denn der Maskenball?" Der Mann erwidert: "Gegenüber". Die Masken gehen über die Strasse und stehen vor dem Blinden: "Wo ist denn eigentlich der Maskenball?" Der Blinde antwortet: "Können Sie denn nicht sehen? Hier." Die Masken lachen: "Wo?" Der Blinde zieht den Hut: "Ich bin zwar blind, aber den Maskenball kann ich doch sehen." - "Er ist verrückt", sagen die Masken und gehen wieder zu dem Manne mit dem Karnevalsplakat: "Wir sehen nichts von einem Maskenball. Wo soll denn der sein?" Der Mann: "Der soll nicht sein, aber er ist hier. Mein Vater, der da drüben steht, ist vollständig erblindet. Haben Sie das gelesen?" - "Was kümmert uns Dein Vater! Wir wollen auf den Maskenball!" Der Mann ruft über die Strasse: "Vater, komm', die verstehen uns nicht!" Dann dreht er das Plakat um: "Maskenball im Zoologischen Garten. Eintritt frei. Beeilen Sie sich; man erwartet Sie schon!"

+ + +

Der Portier mit Silberschnüren steht am Eingang und regelt den Verkehr. Ein Auto nach dem andern hält. Kostüme aus Seide, Perlen und Brillanten glitzern. Masken, eine schöner als die andere, steigen aus. Der Portier legt die Hand an den Dreimaster und verbeugt sich vor jedem neuen Ankömmling. Eine Maske eilt die Stufen hinauf. Es ist ein Mann ohne Kragen, mit Kohlenstaub im Gesicht, die Mütze in die Stirn gezogen. "Ihre Karte, bitte", sagt der Portier und verbeugt sich nicht. Der Mann zeigt seine Ausweiskarte für Arbeitslose. "Ich will Ihre Eintrittskarte für den Maskenball sehen", herrscht ihn der Portier an. Der Mann blickt ihm in die Augen: "Ich habe keine andere Karte." - "Dann kann ich Sie nicht einlassen. Sie müssen erst eine Karte lösen; die kostet 10 Mark." Der Mann: "Ich will ja nicht tanzen; glauben Sie das nur nicht! Ich suche nur jemanden; ich muss jemanden dringend sprechen." Der Portier lacht höhnisch: "Das kann jeder sagen. Ohne Karte kommen Sie hier nicht hinein. Schluss!" Der Mann wird rot im Gesicht: "Ich muss aber die Garderobefrau Keller sprechen!" - "Das können Sie auch morgen früh besorgen. Gehen Sie jetzt vom Eingang weg!" Der Mann schreit: "Morgen ist es zu spät!" Der Portier: "Ich kann ja meinetwegen der Frau Keller etwas ausrichten." Der Mann wendet sich ab: "Dann richten Sie ihr aus, unsere Tochter sei überfahren worden."

+ + +

Der Ober hatte alle Tische besetzt. Auf manchen Stühlen sassen zwei und drei Menschen, die sich eng umschlungen hielten. Es war 3 Uhr in der Frühe. An einem Ecktisch war besonders viel verzehrt worden, und immer neue Flaschen wurden bestellt. Der Ober war zum erstenmal in so einem Betrieb. Ihm schwamm es vor den Augen. Heute Morgen noch ohne Arbeit, nun seit 9 Stunden als Hilfskellner tätig. Früher war er ja auch schon Kellner gewesen, aber nur in einem kleinen Bierrestaurant. Hier dagegen wurde fast nur Sekt getrunken; es kam nicht darauf an. Jedesmal, wenn er eine neue Flasche an den Ecktisch brachte, überwand er ein Gefühl von Ekel. Wie die da durcheinander schrien, als ob das alles keine Rolle spielt! Und wie die Frauen sich benahmen! Keine wusste mehr, zu wem sie eigentlich gehörte, und die Männer taten, als ob jede zu ihnen gehörte. Da schrie ein Herr im Frack den Ober an: "Was gaffen Sie denn so hierher! Schauen Sie gefälligst wo anders hin!" Der Ober konnte nicht wegsehen, denn es war zu widerlich. Da warf der Herr im Frack ein Sektglas zu Boden und rief: "Ober, kehren Sie die Scherben weg!" Der Ober trat langsam an den Tisch: "Rechnen Sie mit einem andern Ober ab; ich will Ihr Trinkgeld nicht." Dann machte er Kehrt, rief seinen Kollegen, rechnete mit dem Wirt ab und war wieder arbeitslos.

+ + +

In der Wohnung des Tischlermeisters sind Stühle und Tisch beiseite geschoben. Ein Grammophon spielt, und vier Paare tanzen. Wer die Einzelnen sind, weiss niemand, denn alle sind maskiert. Der Tischlermeister hatte seiner Frau

gesagt, sie solle einige Leute einladen, ihm aber nicht sagen, wer sie sind. So ist er nun gespannt auf die Demaskierung, die um 12 Uhr stattfinden soll. Es ist 2 Minuten vor 12. Bierflaschen stehen herum; von den Gästen hatte jeder etwas mitgebracht, und es ging lustig zu. Um die Lampe hingen bunte Tücher; Zigarrenrauch stand im Zimmer; man konnte nichts anderes mehr erkennen als ein wildes Durcheinander. Es ist 1 Minute vor 12. Der Tischlermeister setzt eine volle Bierflasche an den Mund und trinkt sie in einem Zuge aus. Dann ist er übermütig, setzt noch eine Flasche an die Lippen und trinkt sie ebenfalls leer. Die Masken schauen zu und lachen. Das spornt ihn an; er greift nach der dritten Flasche und trinkt. Die Masken klatschen Beifall. Der Tischlermeister lässt nicht locker. Da wird ihm schwarz vor Augen. Er sinkt vornüber. Die Masken johlen, heben ihn hoch und legen ihn zurück. Die Frau schreit: "Karl, lass doch den Unsinn!" Der Tischlermeister regt sich nicht. Das Grammophon spielt weiter. Die Frau rüttelt den Mann, der nicht mehr atmet. Die Masken schleichen stumm hinaus und flüstern auf der Treppe: "Ist das Scherz oder Ernst?"

Kurt Reiss.

Schneetreiben.^x

SPB. Mit früher Dämmerung kommt wieder der Eiswind aus der grossen, weissen, schweigenden Wüstenei. Eiliger fährt der Rieselschnee durch die Strassenzüge. Wirbel reissen den Gesimsen die flaumigen Klappen ab und hüllen das hastende Getriebe in dichte, glitzernde Wolken. Menschen stampfen gegen das Wetter. Ihr Atem dampft. Leblos, wesenlos, wie vereiste Ungeheuer ssusen die Strassenbahnen. Ein Junge, den nicht Mantel und nicht Wolltuch gegen die Kälte schützt, schiebt auf kleinem, zusammengezimmertem Schlitten eine winzige Menge Kohlen. In einem Hauseingang trampelt eine Zeitungsfrau. Ihr Packen liegt am Boden. Einen Augenblick nur will sie ausruhen vom Wetter. Die blauen Hände presst sie gegen den Mund. Wohltuend und kostbar ist der eigene Hauch.

Da, wo sich von der Hauptstrasse ab eine enge Gasse ins Dunkel hineinzieht, steht ein Orgeldreher, weiss vom Schnee überzogen wie ein Weihnachtsmann. Der dudelt immerfort eine Melodie, nach der vor zwanzig Jahren die Jugend tanzte. Ihm gegenüber, jenseits des schmalen Fahrweges, trampelt ein Karrenhändler immer genau die Länge seiner Karre ab. Ueber dem Wagen, im flackernden Licht einer Gasflamme, wiegt sich eine volle Bananendolde. Niemand kommt und kauft.

Neben der Karre steht ein ganz verlumpter Mann. Der stiert aus fehlenden Augen unablässig nach den gelben Früchten. Abwechselnd stemmt er den einen, dann den anderen Fuss gegen die Hausmauer, als wollte er aus den kalten Wänden Wärme herausziehen. Schwacher Husten schüttelt zuweilen den Körper.

Der Karrenhändler knurrt, reibt fortwährend die Hände und fegt hin und wieder mit seiner Schürze die Schneegerinsel vom Wagen fort. Der Orgeldreher spielt unentwegt dasselbe Lied. Einmal greift er mit steifen Fingern in die Stellvorrichtung. Sie ist vereist. Dann dreht er schneller, gehetzt, als wollte er unter allen Umständen noch einen Mitleidigen herbeiziehen.

Als er erschöpft innehält, hat er ein Geldstück in der Hand. Verdutzt sieht er auf die Münze; verdutzt folgt sein Blick dem Geber. Doch der ist schon weit fort. Dann geht er mit langen Schritten zum Karrenhändler hinüber und kauft eine Frucht, eine dicke, goldgelbe Banane. Hastig beisst er hinein. Und zwei Augen stieren ihn an - nicht ihn - nein, die Frucht, das süsse Ding. Er fühlt es; der Mann dort, der Lumpenmensch von der Landstrasse, saugt ihm die Banane fast vom Munde fort.

Da brummt der Orgelspieler etwas und hält dem Manne den Rest hin. Der

stürzt zitternd, mit einem gierigen Laut hinzu, verschlingt die halbe Frucht und geht in geduckter Haltung schnell davon, weiter hinein in sein wegloses Dasein.

Menschen in Pelzen eilen vorbei und Menschen, denen der Winterwind Eisnadeln durch die dünne Kleidung jagt. Toll treibt der Schnee sein Spiel. Und aus irgend einer Nische greift er die Klänge einer Drehorgel auf. Hierhin, dorthin streut er sie, Klänge eines alten, zittrigen Liebesliedes.

Paul Behlau.

Traum und Wirklichkeit.^x

SPD. Man kennt die Märchen von den glücklichen Leuten, die träumen, dass da und da ein Schatz vergraben liege, die dann nachforschen und den Schatz tatsächlich finden.

So träumte eine Frau in Linantes, einem Ort in Spanien, dass ein Kaufmann unter seinen Losen die Gewinn-Namen der grossen Nationallotterie habe. Die Frau erzählte unvorsichtigerweise von ihrem Traum, und die Nachricht verbreitete sich rasch im ganzen Dorfe. Der Laden des Kaufmanns wurde darauf von einer grossen Menschenmenge belagert. Jeder wollte das kostbare Stückchen Papier zuerst haben. Es gab einen furchterlichen Krawall. Die Menge drückte die Schaufensterscheiben ein, demolierte die Möbel und zertrampelte die Waren. Die Polizei musste erscheinen. Es gelang ihr mit vieler Mühe, die stürmischen Käufer zu beruhigen und sie zu veranlassen, sich in Reih und Glied aufzustellen und hintereinander den Laden zu betreten.

Der Kaufmann witterte ein gutes Geschäft. Er hatte noch 4000 Lose einer Privatlotterie, die er, als die Lose der Nationallotterie ausverkauft waren, an die Leute absetzte.

Es braucht nicht erst gesagt zu werden, dass sich das grosse Los nicht darunter befand. Aber der Kaufmann, der sich so geschickt aus der Affäre gezogen hatte, kaufte für das eingenommene Geld eine Unmenge Lose der Nationallotterie und gewann die hübsche Summe von 200 000 Mark.

Der rehabilitierte Leutnant.

SPD. Wenn zum Masstab der Empfindungen des Volkes seine Lieblingsschlager genommen werden, alles das, was die grosse Menge singt und dudelt, so müsste man glauben, Jung und Alt in Deutschland sei komplett verrückt geworden. Es ist so ein richtiger Brei nationalistischer Ideologie, was die Librettisten verzapfen und die Komponisten vertonen, übrigens auch eine Bestätigung dafür, dass die Theater die Kultstätten des neu emporschiessenden Nationalismus sind. Gedankenlos singt es und pfeift es an allen Ecken und Kanten, auf Grammophonplatten und im Rundfunk: "Schöner Gigolo, armer Gigolo!" Wohl die Meisten wissen gar nicht, was das Wort "Gigolo" bedeutet, und singen dafür "Piccolo". Doch das Versehen ist nicht so gross: "Eintänzer" und "Kellner" liegen auf einer Linie. Die Trauer um den kleinen Leutnant, der "goldverschnürt sogar konnte durch die Strassen reiten", wird nicht lange anhalten, nur so lange, bis diese Schlagermelodie abgeorgelt ist.

Ein anderes Lied: "Drei Musketiere sind wir, Schwerenot!" Und der Refrain dazu: "Drei Musketiere, drei Kavalier, drei scharfe Rapiere, für die Freiheit stehen sie ein!" Na, ist das nichts? Gedankenlos berauscht sich die Menge an solchen hohlen Worten und plärrt sie nach. Schöne Freiheit, die auf den Spitzen

der Rapiere dieser Lumpen steht, die Dumas schildert, und die jetzt als Theaterhelden auf der Bühne einherstolzieren!

Der Leutnant ist nun einmal das gegebene Operettensujet. Daran ist nichts zu ändern. Die neue Zeit hat seine Figur nur noch komischer gemacht. Diese verflossene Glückspuppe kann ja auch nur mit solchen schmalzigen, verlogenen und von Sentimentalität triefenden Worten abgetan werden: "Leutnant warst du einst bei den Husaren, als wir jung und glücklich waren. Denkst du noch daran zurück?" Welche Frage! Bei Tag und Nacht denkt die Sippschaft an ihr Anhang an jene Zeiten zurück, als noch der preussische Säbel regierte. Die ausgedienten Burschen lassen es sich trotzdem bei den Pensionen der Republik ganz gut sein.

Es gibt noch mehr solche nette Sachen in unserer Schlagerliteratur, aber wir wollen uns mit dieser einen Feststellung begnügen, dass hier eine Kloake fließt, die mit ihrem Gestank das Volk vergiftet. Jeder anständige Mensch, der etwas auf sich hält, hat die Verpflichtung, diese nationalistischen Lieder nicht mitzusingen. Auch der Rundfunk könnte bei der Verbreitung dieser Lieder einige Zurückhaltung üben, die ihm als staatlicher Institution wohl anstehen würde.
Friedrich Näteroth.

SPD. Der abgeblitzte Zensor.^X Der Hofrat Sonnenfels begehrte eines Tages die Kaiserin Maria Theresia zu sprechen. Die Kaiserin wurde davon benachrichtigt, dass er in Zensurangelegenheiten käme, und sofort sprang sie auf und eilte ins Vorzimmer, wo Sonnenfels wartete. Ohne ihn anzuhören, fuhr sie auf ihn los: "Nun, was ist's denn? Sekkieren Sie ihn schon wieder? Hat Er etwas gegen Uns geschrieben? Das ist Ihm von Herzen verziehen. Ein echter Patriot muss wohl manchmal ungeduldig werden. Ich weiss aber schon, wie Er's meint. Oder gegen die Religion? Er ist ja kein Narr. Oder gegen die guten Sitten? Das glaube ich nicht. Er ist ja kein Saumagen. Aber, wenn er etwas gegen die Minister geschrieben hat, ja, mein lieber Sonnenfels, dann muss Er sich selber heraushausen; da kann ich Ihn nicht helfen. Ich habe Ihn oft genug gewarnt." Sprach's und liess den verblüfften Hofrat, der kein Wort der Erwiderung hervorbringen konnte, nach Atem ringend, allein.

SPD. Die Waden Seiner Durchlaucht.^X Serenissimus will verreisen. Serenissimus gibt Anweisungen: "Kindamann, hä, Kindamann, packense die janzen Koffa für morjen! Alles rin, was wir brauchen, vaschtann, Kindamann?"

Kindermann räuspert sich: "Verzeihung, Durchlaucht, sollen wir auch die künstlichen Waden und das Korsett mit einpacken?"

"Quatsch", erwidert Serenissimus, "is ja Quatsch. Künstliche Waden und Korsett können morjen wegbleiben. Ich reise inkognito....."

SPD. Kirchenmusik.^X Man spielte in der Kapelle des Palais Royal in Paris das "Miserere" von Lully. Ludwig XIV. hörte die Musik knieend an, und sämtliche Hofleute mussten ein Gleiches tun. Nach der Beendigung fragte der König den Grafen von Grammont: "Wie finden Sie Lullys Musik?" Der Graf erwiderte mit sauerem Gesicht: "Wundervoll weich - für die Ohren, Sire, aber schrecklich hart - für die Kniee."

Der Tod in der Wüste.

Von Ph. Macdonald.
Deutsche Rechte: Th. Knaur Nachfg.

22.)

SPD. Hale wechselte seine Stellung und legte sich mit unter dem Nacken, verschränkten Händen auf den Rücken. Die Schmerzen waren schlimmer geworden; sie gingen jetzt von den Schultern über die Hüften bis in die Knie. Im Kopf hatte er ein seltsames Gefühl, er schien geschwollen, empfindlich und ganz ohne Gewicht. Die aufgesprungene Haut brannte, zum erstenmal seit Monaten schwitzte er nicht.

Die Stille, welche unveränderlich wie ein schweres Gewicht auf Brust und Schultern lastete, bedrückte ihn; es kam ihm vor, als täte sie weh. Leise flüsterte er mit trockenen Lippen zu sich selbst. "Verfluchte Fliegen! Kleine Mistviecher, die unter die Haut kriechen. Fieber, Schweinerei! Kann doch jetzt nicht krank werden. Zu dämlich...." Er griff auf dem Boden herum und fand die Wasserflasche, die er an der Quelle gefüllt hatte; so lag er, sprach leise mit sich selbst und trank von Zeit zu Zeit einen Schluck des kühlen Wassers. Sein Kopf war schlimm.

Der Sergeant kam aus der Hütte, klappte den Uhrdeckel an seinem Handgelenk auf und sah nach dem leicht phosphoreszierenden Schimmer der Ziffern und Zeiger.

"Hale! Wir müssen jetzt ablösen!" Er trat einige Schritte beiseite und rief: "Sanders! Sanders!" Als der Mann durch die Bäume herankam, sagte der Sergeant: "Übernehmen Sie Ihren Dienst wieder und passen Sie gut auf - es geht ihm schlecht - hohe Temperatur. Ich habe ihm Chinin gegeben und ein nasses Tuch um den Kopf gewickelt, das Sie feucht halten müssen. Er scheint mir so ruhiger zu sein. Sorgen Sie dafür, dass er sich nicht herumwirft, falls er den Wickel abreißen sollte. Wenn sich irgendeine Schwierigkeit ergibt, wecken Sie Abelson oder Morelli, sie kommen jetzt vom Posten, und wenn es gar nicht anders geht, dann lassen Sie mich holen. Und, Sanders, kein Geräusch, verstanden? Beten Sie leise, wenn Sie es durchaus müssen."

Sanders stand so stramm, dass er fast als Parodie wirkte. Er nickte und verschwand auf einen Wink in der Hütte.

Der Sergeant holte seinen Karabiner von der Palme, an der er gelehnt hatte. "Vorwärts, Hale, schnell. Haben Sie Ihren Karabiner? Ich übernehme erst die Ostseite, gehen Sie 'rüber und lösen Sie Abelson ab. Dann und wann patrouillieren Sie, aber nicht fortwährend."

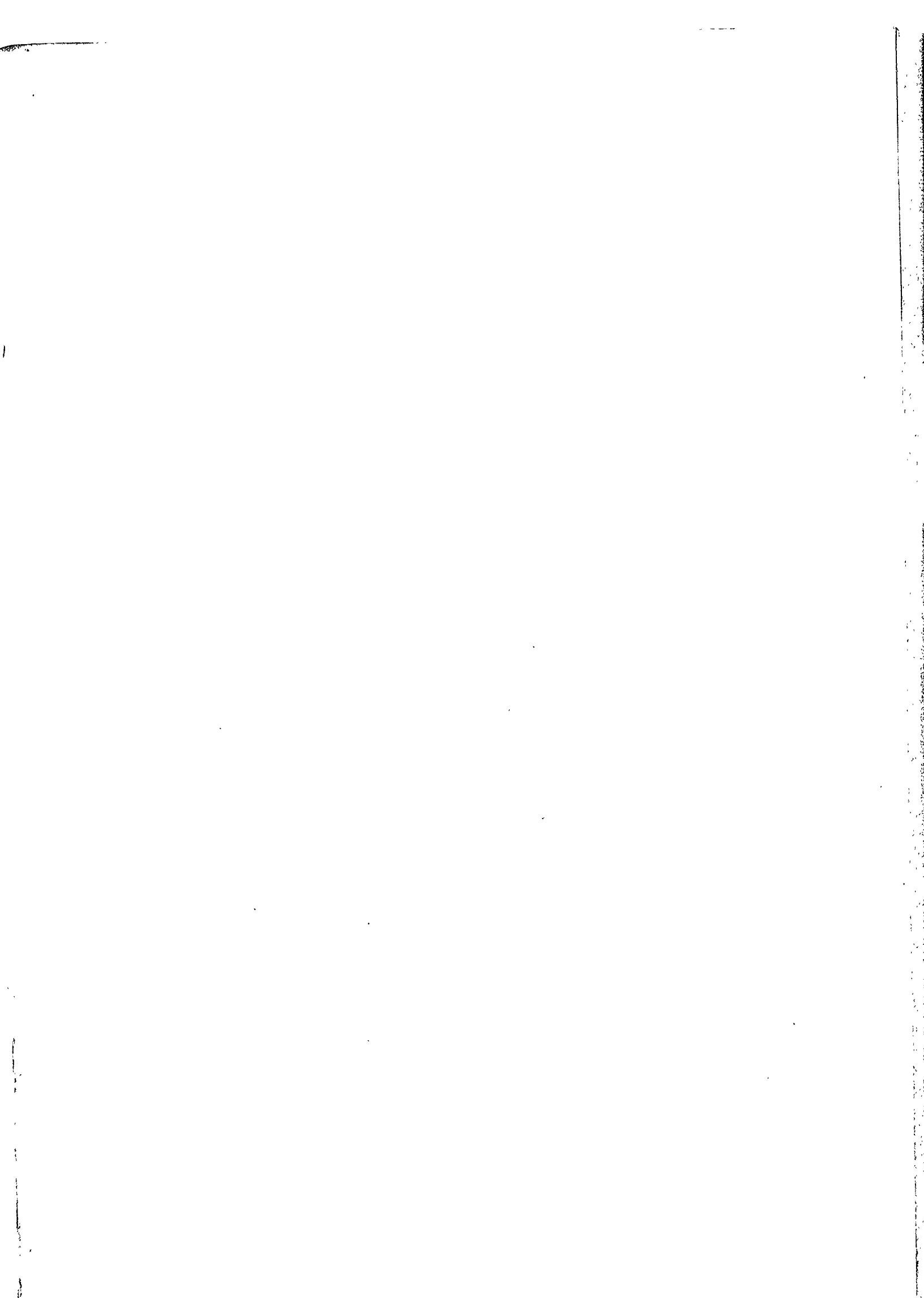
Hale kämpfte sich mühsam auf die Füsse; irgendwo lehnte sein Karabiner an der Hüttenwand, das Blitzen eines Mondstrahls, der das Netzwerk der Palmenkronen durchdrang, liess den Lauf aufleuchten. Er nahm die Waffe auf, deren Gewicht unerträglich schien. Seine Beine gaben unter ihm nach, und sein Kopf schien gross und leer wie ein Fussball. Mit einem schweren Seufzer sagte er:

"Schersant! Ich...." Da sah er, dass der Sergeant bereits fort war.

"Ga' gu'...." stammelte er, "kann jetzt nicht krank werden." Er hob den Karabiner auf die Schulter und schritt, im Augenblick ein wenig gesammelter, durch die Bäume.

Abelson begegnete ihm; er hielt den Hals immer noch steif und etwas gebogen. "Allmählich Zeit", brummte er, "nichts los draussen - nichts! Verdammte heiss, was?" Damit verschwand er in der Richtung der Hütte.

Hale holte tief Atem, streckte eine Hand aus und stützte sich gegen eine Palme. So stand er einen Augenblick, biss die Zähne aufeinander und ging langsam mit bleiernen Füssen durch die Bäume nach dem Hüggelland, wo er sich hinlegte und den Karabiner vor sich hin schob. Er barg den schweren Kopf, der ihn nicht mehr wie ein Fussball, sondern wie ein Kürbis dünkte, in den Händen und



starrte mit heissen Augen, die ihm wie scharfe Zähne tief im Gehirn zu sitzen schienen, über die mindbeglänzte Weite.

Die Zeit verfloss, während bald Feuer seine Haut schrumpfen liess, wie Papier von der Flamme verzehrt wird, bald plötzlich Kälteschauer ihn schüttelten, dass seine Lippen zitterten. Aber unausgesetzt stierten die wilden schmerzenden Augen auf den grenzenlosen Halbkreis des silbrigen schwarzfleckigen Sanders vor ihm. Manchmal fühlte er seinen Körper hart gegen die harte Erde gepresst, manchmal schien er ihm ganz lächerlicherweise in kalte Flammen gehüllt, den festen Boden verlassen zu haben. Dann wieder verschwamm ihm alles, und rote, grüne oder blaue Feuerfunken tanzten um ihn her; dann rieb er seine Lider mit kraftloser Hand, die fett und wirkungslos zu sein schien, bis die Funken verschwanden und er wieder die schimmernde, gesprenkelte Ebene sich zur Unendlichkeit zu entrollen sah. Ab und zu sprach er mit sich selbst, während sein Mund eine Flammenhöhle war, um dann wieder die Zähne aufeinanderzubeissen, um ihr Klappern zu verhindern.

"Kann...nicht...kann...nicht...krank...werden, krank...werden...Gott Wenn ich nur schwitzen könnte!"

Es war gerade nach einem der Anfälle, in dem die Funken getanzt hatten, als er etwas zu sehen glaubte...das Vorüberzucken einer Bewegung...gerade vor ihm, draussen in der Wüste, vielleicht hundert Meter, vielleicht eine Meile entfernt.

Wieder rieb er die Augen, die nun klar blickten. Bloss sich jetzt nichts einbilden, dachte er und wartete.

Dann sah er wieder dasselbe Aufzucken der Bewegung; wie weit entfernt, konnte er nicht feststellen. Es war, als ob die Ecke eines jener gezackten Schatten sich aufgerollt hätte.

Er wartete...da! Da war es wieder. Vorsichtig erhob er sich auf die Knie, die Hand auf den Karabiner gestützt; aber die Knie und sein Kopf betrogen ihn, schwach fiel er wieder zusammen. Alles drehte sich um ihn, er lag auf dem Rücken und knirschte mit den Zähnen. Mit einer Anstrengung, die ihn schlottern liess, kam er endlich irgendwie hoch und lehnte sich, beide Hände am Karabiner, gegen einen Palmenstamm.

Diesmal sah er die Bewegung mit voller Deutlichkeit und versuchte, den Karabiner in Anschlag zu bringen; es misslang. Nun strengte er seine Augen zum Äussersten an und sah mehr als nur die Bewegung: nämlich eine Gestalt...oder jedenfalls etwas schwarzes Aufrechtes, wo vorher nichts gewesen war. Plötzlich musste er kichern wie ein aufgeregter Backfisch, aber seine Kräfte kehrten bis zu einem gewissen Grade zurück.

"Kann nicht deutlich sehen", murmelte er, "nicht deutlich genug...muss näher...ganz nah 'ran...schiessen"

Er schritt vorwärts, kräftiger wohl, aber doch schwankten seine Füsse; es war ihm nicht ganz klar, was sie eigentlich zu tun hätten. Er tauchte aus dem Schatten der Bäume auf, taumelte die steile, kurze Böschung hinunter und stolperte auf dem ebenen Wüstenboden weiter.

Immer weiter ging er, langsam und wankend...Dann machte er halt und kniete nieder. Das aufrechte schwarze Ding schien ihm nun klarer, näher und grösser. "Mal dem Schwein eins aufbrennen!" sagte er.

Er hob den Karabiner zur Schulter, aber der Lauf schlug in exzentrischen Kurven umher; wütend biss er sich auf die Lippen, bis ihm das Blut über das Kinn floss, während er den Atem anhielt. Nun wurde der Lauf ruhig und stand fest; sorgfältig zielte er... Das schwarze aufrechte Ding schien sich ganz sachte zu bewegen...es wurden zwei aufrechte schwarze Dinge, auf deren eines er seinen Willen konzentrierte.....

Er nahm Druckpunkt.

(Fortsetzung folgt.)